

T 18 Genügt das erzielte Wirtschaftswachstum?

Zusätzlich belastet ist die Entwicklung durch das geringe Wirtschaftswachstum in Westeuropa. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sechs bis acht Prozent keine Ausnahme, jetzt freut man sich über drei Prozent. Darum ist das Aufnahmepotential für östliche Waren im Westen beschränkt.

Im Osten gibt es nur eine relativ kleine Bevölkerungsschicht – meist Unternehmer und Mafia –, die von der Wirtschaftstransformation in Richtung Marktwirtschaft profitiert. In vielen Ländern geht es vielen Leuten heute schlechter als vor der Ostöffnung. Kein Wunder, dass „Nostalgiker“ den Kommunisten wieder an die Macht verhelfen. Außerdem sind die Altkommunisten auch in den führenden Positionen in der Wirtschaft engagiert.

Die alten Sicherheiten wie Vollbeschäftigung und das Sozialsystem sind durchlöchert, in vielen Ostländern breitet sich die neue Armut aus, wie das beispielsweise in der Ukraine oder Rumänien der Fall ist. Hingegen haben die Regierung und die Sozialpartner in Österreich nach dem Jahre 1945 immer auf die soziale Seite geachtet und das System der „sozialen Marktwirtschaft“ favorisiert. Heute verlangt man von den Oststaaten eine Kürzung der Staatsausgaben, um die oft noch recht hohen Budgetdefizite zu beseitigen, die in vielen Fällen durch unsinnige Ausgaben entstehen. In soziale Zwecke wird meist nicht viel Geld investiert. Auch die Osthilfe des Westens ist eher bescheiden: Der Marshall-Plan für Osteuropa ist nie Realität geworden.

Quelle: Die Presse, 27. 12. 1994

T 19 Ein neues Weltsystem?

Die USA sind dabei, großräumig ein neues System der politisch-militärischen Eindämmung um Russland aufzubauen. Dieses System soll eine Wiedergeburt der einstigen Supermacht verhindern und Washingtons eigene Interessenzonen absichern.

Der augenfälligste Schritt ist die geplante Osterweiterung der Nato, die von Washington nach einigem Zögern nun ziemlich entschieden, auch gegen die Bedenken der europäischen Nato-Partner, vorangetrieben wird.

Die zweite „Front“ verläuft auf dem Balkan, wo die USA nach dem Versagen der Europäer mit Hilfe islamischer Staaten, insbesondere aber der Türkei, ein eigenes Klientensystem gegen Serbien und das mit Belgrad verbündete Moskau aufbauen. Mosaiksteine dieses Klientensystems sind Kroatien, die bosnisch-kroatische Föderation, Mazedonien und Albanien. Auch wenn zwischen den Partnern dieser Allianz starke Spannungen bestehen, hoffen die USA doch, die gemeinsame Furcht vor Serbien als tragfähiges Fundament nutzen zu können.

In dieses Schema passt auch das nachdrückliche Bemühen Washingtons, Griechenland zum Einlenken in den Konflikten mit seinen Nachbarn Albanien, Mazedonien und Türkei zu bewegen.

Eine Schlüsselposition nimmt in der neuen Eindämmungspolitik der USA die Türkei ein. Dabei geht es nicht nur darum, Russland den Zugriff auf die riesigen Erdölfelder im Bereich des Kaspischen

Meeres zu verwehren. Ankara, das eben Sicherheitsabkommen mit Israel und Jordanien geschlossen hat, soll mithelfen, den Friedensprozess im Nahen Osten abzusichern, den Aufstieg unerwünschter neuer Regionalmächte (Iran, Irak) abzublocken und die Ausbreitung militanter islamistischer Strömungen einzudämmen.

Russland, wirtschaftlich und militärisch derzeit keine Herausforderung für die USA, setzt sich auf seine Weise zur Wehr. Die Union mit Weißrussland (vom Frühjahr 1996), das Bemühen, andere GUS-Staaten (Kasachstan, Kirgistan) enger an Moskau zu binden, die Angebote verstärkter Kooperation an Bulgarien, die Proteste gegen die Ausweitung der Nato – all dies sind verzweifelte Versuche, Optionen für einen Wiederaufstieg zur Großmacht zu wahren.

Dazu kommen die Bestrebungen Russlands, mit anderen weltpolitischen „Außenreitern“ wie China und Iran, deren wichtigster Rüstungslieferant Moskau geworden ist, einen Schulterschluss gegen die globale Eindämmungspolitik der USA zu erreichen.

Angesichts der derzeitigen Kräfteverhältnisse scheint der Wettlauf um das Abstecken geopolitischer Besitzstände von vornherein entschieden. Dennoch sollten die Gefahren nicht unterschätzt werden. Zu instabil sind die Verhältnisse auf dem Balkan, in Teilen Osteuropas (vor allem der Ukraine) und im Nahen Osten. Von einer neuen Friedensordnung sind wir jedenfalls noch weit entfernt.

Quelle: OÖN, 4. 4. 1996

A Arbeitsaufgaben:

- Welches Bild zeichnet dieser Text von einem zukünftigen Mächtespiel?
- Welche andere, kritische Position nehmen die beiden folgenden kurzen Texte dazu ein?

T 20 Ein Sicherheitssystem für ganz Europa?

Zur angestrebten Erweiterung der Nato um einige ostmitteleuropäische Staaten, die auf vehementen Widerspruch Russlands stößt, lesen wir in der „Basler Zeitung“: (5. 2. 1996)

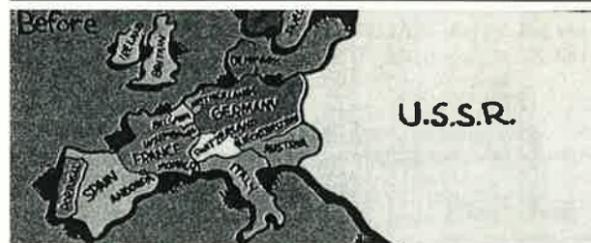
„Worin besteht europäische ‚Sicherheit‘? Fünf Jahrzehnte lang bestand sie angeblich im Aufbau von immer wahnwitzigeren ‚Potentialen‘. So ist die Nato groß geworden und es scheint verständlich, wenn die Russen eine ‚Erweiterung‘ dieses Blocks als Zurücksetzung empfinden. Aber die tatsächlichen Unsicherheiten im Osten entstehen – siehe Bosnien – nicht aus der Blockkonfrontation, sondern aus anderen Reibungen. Es scheint vernünftig, wenn Russen und viele andere ein darauf zugeschnittenes gesamteuropäisches Sicherheitssystem verlangen und es ist zweifelhaft, ob die alte Kon-

struktion der Nato dazu die geeignete Grundlage darstellt. Ideen für einen Neubau sind längst vorhanden.“

Die „Sächsische Zeitung“ (Dresden) bemerkt zu diesem Thema:

„Ohne Zweifel steckt der Westen beim Streit um die Nato-Öffnung in einem Dilemma. Einerseits fühlt sich die Allianz den Beitrittswünschen der Osteuropäer verpflichtet, andererseits strebt sie eine sicherheitspolitische Partnerschaft mit Moskau an. Beides, so scheint es, lässt sich nicht in ein Konzept einpassen. Doch gerade der Dissens um die Nato-Ausdehnung zeigt, welche Rolle die Psychologie in der Politik spielt. Bislang haben im Westen nur wenige registriert, dass die Mehrheit der Russen den Rückzug aus den einstigen Satellitenstaaten als Niederlage begreift.“ (5. 2. 1996)

T 21



„Before and after what?“ – „Before and after you blinked.“



(Aus: „L'organisation de l'espace mondial“)

11.3 Ursachen, Folgen der neuen Wanderungsbewegungen

Jahrhundertlang ist Europa ein Herkunftsland von Auswanderern gewesen. Europäer siedelten aus politischen und wirtschaftlichen Motiven in Amerika, Afrika, Asien und Australien. Europäische Einflüsse prägten diese Weltgegenden unterschiedlich stark. Auch innerhalb Europas waren Bevölkerungsbewegungen jahrhundertlang die Normalität: Denken Sie nur an die Arbeitsmigration in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, die Sie leicht z. B. an den Namen des Wiener Telefonbuchs nachvollziehen können.

Der Zweite Weltkrieg brachte zunächst einmal eine gewaltige Flüchtlingsbewegung von Osten nach Westen mit sich. Allein Westdeutschland integrierte nach 1945 ca. 10 Millionen Flüchtlinge.

Die Teilung der Welt in einen Ostblock und in eine westliche (amerikanisch beeinflusste) Hälfte unterbrach die alte Wanderungsbewegung von Ost nach West.

Wirtschaftliche Gründe waren es später, die aus Arbeitskräftemangel in den wirtschaftlich stark wachsenden Industriestaaten Mittel- und Westeuropas eine große Zahl von Gastarbeitern aus Süd- und Südosteuropa zuwandern ließ.

Die Situation in den neuen, nicht mehr hinter dem Eisernen Vorhang liegenden Staaten Osteuropas und der GUS ließen in den letzten Jahren wieder die Zahl der nach Mittel- und Westeuropa drängenden Menschen anwachsen. Hinzu kamen Konflikte, wie der Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit ca. 2 Millionen Flüchtlingen.

Eine dritte Ursache derzeitiger Wanderungen ist die sich trotz Jahrzehnten Entwicklungspolitik stetig verschlimmernde Lage in den Ländern der Dritten Welt in Afrika, Asien und Lateinamerika.

**Einst war Europa
das Auswanderungs-
land ...**

**... heute ist es
Wanderungsziel**



Umgekehrt veränderte die seit 1990 bestehende „Neue Freiheit“ auch die Ansichten mancher Politiker in den Mittel- und Westeuropäischen Industriestaaten.

Einerseits bedürften diese, wegen einer stetig älter werdenden Industriegesellschaft mit immer weniger Kindern, für die ökonomische Aufrechterhaltung ihrer Pensionssysteme im 21. Jahrhundert einer bestimmten Mindestzuwanderung (Österreich hat ca. 20.000 pro Jahr). Andererseits bieten gerade unterschwellig geförderte Ängste in wirtschaftlich schlechteren Konjunkturphasen willkommene Mittel um kurzfristige Tagespolitik zu betreiben bzw. um aus nationalistischen Argumenten heraus von den grundsätzlichen Problemen eines Staates abzulenken.

Letztlich spiegelt sich in der Migrationsdiskussion um Einwanderung und Flüchtlinge der, nach Beendigung des Ost-West-Konflikts wahrscheinlich die Welt des nächsten Jahrhunderts beherrschende, Nord-Süd-Konflikt, zwischen einer sich immer stärker abschnittenden Welt der Reichen im Nordwesten und einer in ihrer Bevölkerungszahl, ihren wirtschaftlichen und Umweltproblemen wachsenden armen Welt.

T 22 Ist Fremdenfurcht die Ursache der Ausländerfeindlichkeit?

Wer die Einwanderungspolitik europäischer Regierungen als ausländerfeindlich kritisiert, erhält immer wieder dieselbe Antwort: In einer Demokratie muss man eben der Einstellung der Bevölkerung Rechnung tragen und die hat nun einmal etwas gegen Ausländer. Das will ich keineswegs bestreiten, aber der Zusammenhang zwischen Politik und Xenophobie ist oft gerade umgekehrt: die Berufung auf die Vorurteile eines unaufgeklärten Volks dient zur Rechtfertigung einer Politik, welche diese Vorurteile bekräftigt.

Über die Ursachen von Xenophobie gibt es zwei verschiedene Auffassungen: die eine sagt, sie sei genetisch bedingt, die andere hält sie für ein kulturelles Phänomen, das durch Erziehung an die folgenden Generationen weitergegeben wird. Daraus folgen unterschiedliche Therapien: Verhaltensforscher wie Konrad Lorenz oder Irénäus Eibl-Eibesfeldt sind dafür eingetreten, Konflikte durch Zuwanderungsbeschränkung, strikte Selektion nach kultureller Verwandtschaft und interne Segregation zu vermeiden. Ungeklärt bleibt, wie dies in einem internationalen Wirtschaftssystem realisiert werden kann, dessen Dynamik die Mobilität von Kapital und Arbeit erfordert. Die Verfechter der Sozialisierungstheorie treten dagegen vor allem für Erziehung zur Toleranz ein und müssen die alte Frage beantworten: Wer erzieht die Erzieher?

Kaum jemand käme etwa auf die Idee, das Verhalten von Angestellten und Kunden in einer Bank aus deren genetischer Disposition zu erklären, statt es auf die ökonomischen Regeln dieser Institution

zurückzuführen. Ist es nicht ebenso nahe liegend, das Verhalten von Migranten und ansässigen Bevölkerung zueinander aufgrund der Regeln jener Institutionen zu erklären, innerhalb derer sie aufeinander treffen, d. h. der Rechtsunterschiede, welche Staaten zwischen beiden Gruppen machen oder der ökonomischen Unterschiede in ihrer Position auf Arbeitsmärkten?

Nicht nur die rechtliche und ökonomische Diskriminierung von Zuwanderern, sondern auch die kulturelle kann so besser verstanden werden. Denn gerade im modernen Nationalstaat ist Kultur nicht bloß private Lebensform, sondern Gegenstand öffentlicher Politik. Staatlich gezüchtete Kultur ist tiefer in das Alltagsleben der gesamten Gesellschaft eingedrungen als in allen früheren Epochen. Der Fremde ist in einer solchen Gesellschaft nicht einfach jener, der sich in Lebensstil und Verhaltensweisen deutlich unterscheidet. In dieser Hinsicht sind sich Vorarlberger und Wiener, Bankmanager und Hilfsarbeiter oder Generationen, die vor und nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, viel fremder als etwa die meisten ausländischen und inländischen Arbeitskräfte. Nationalismus liefert eine verkehrte Deutung dieser Schwierigkeiten, die Einwanderer zu Sündenböcken macht. Selbst in den wohlwollenden Appellen zur Toleranz, die konservative wie sozialdemokratische Politiker so leicht über die Lippen bringen, kann man bei näherem Hinsehen unschwer diesen Unterton erkennen.

Quelle: Rainer Bauböck, Wiener Zeitung, 11. 2. 1992

T 23 Neue Ausländergesetze in Österreich

Die österreichischen Regierungsparteien, die Sozialdemokraten (SPÖ) und die Volkspartei (ÖVP), haben sich auf Änderungen in der Ausländerpolitik verständigt. Innenminister Karl Schlögl und Sozialministerin Eleonore Hostasch (beide SPÖ) sowie der Obmann der ÖVP-Fraktion im Nationalrat, Andreas Kohl, trugen die Vorschläge der Koalition am Donnerstag in Wien an die Öffentlichkeit. Die Stoßrichtung lässt sich laut Schlögl mit dem Schlagwort „Integration vor Zuwanderung“ umschreiben. Bereits legal im Land lebende Ausländer sollen mehr Rechte erhalten. Derzeit gibt es viele Ausländer, die zwar eine Aufenthalts-, aber keine Arbeitsbewilligung haben. Damit verbaut man ihnen laut dem Innenminister die Integration. Schlögl, der in diesem Zustand sozialen Sprengstoff sieht, will diesen Ausländern den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Dies betrifft in erster Linie Familienangehörige von bereits erwerbstätigen Ausländern. Im Gegenzug soll es nur eine „äußerst geringe Neuzuwanderung“ geben, die sich im

Wesentlichen auf Fachleute und Angehörige beschränkt, die zur Familienzusammenführung einreisen dürfen. Innenminister Schlögl will 1998 die Zuwanderung von Ausländern gegen Null hin senken; Ausnahmen gibt es für die Familienzusammenführung sowie für Spitzenarbeitskräfte und Studenten. Ausländer der zweiten Generation sollen aufenthaltsrechtlich Österreicher gleichgestellt sein.

Die FPÖ hat mit ihrer aggressiven Ausländerpolitik die Koalition bereits früher erfolgreich unter Druck gesetzt. Haider kommt bei traditionellen Wählern der SPÖ gut an. Sozialdemokratische Politiker geben zu, „Fehler“ in der Ausländerpolitik gemacht zu haben; so etwa Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ) in einem Interview mit dem Magazin „News“. Übersetzt heißt dies, dass derzeit niemand in der Lage ist, eine liberale Ausländerpolitik durchzusetzen.

Quelle: Neue Züricher Zeitung, 14. 3. 97

T 24 Wie fremdenfeindlich ist Österreich?

Die 14 haben gegen Österreich bilaterale Maßnahmen ergriffen, weil eine xenophobe Partei an der Regierung beteiligt sei. Ist Österreich xenophob? Es stimmt, dass es in Österreich ausländerfeindliche Tendenzen gibt, dass unentschuldbare Übergriffe gegen Ausländer stattgefunden haben und wir daher zur permanenten Wachsamkeit aufgerufen sind.

Es stimmt aber auch, dass etwa 750.000 Ausländer in Österreich leben (ungefähr so viele wie in Spanien mit seiner fünffachen Einwohnerzahl), und das sind 9,26 % der Bevölkerung. Unser Land gehört mit seinem Ausländeranteil zum europäischen Spitzenfeld vor Belgien und Deutschland. Luxemburg, das mit 25,5 % Ausländern die Liste anführt, hat wiederum nur 11 % Nicht-EWR-Staatsangehörige. Dieser Anteil beträgt in Österreich 88 % und zählt damit zu den höchsten in der EU überhaupt. Der mit 19,3 % auffallend hohe Ausländeranteil der Schweiz wiederum wird durch die äußerst restriktive Einbürgerungspraxis der Kantone relativiert: würden etwa die schwedischen Einbürgerungskriterien auf die Schweiz angewandt, läge der Ausländeranteil bei 8 %.

Zum Unterschied von allen anderen EU-Staaten hat sich der Anteil der Ausländer in Österreich überdies innerhalb eines Zeitraumes von nicht ganz 20 Jahren etwa auf das 2,5fache vermehrt (1980: 3,7 %, 1998: 9,26 %). In Belgien als ehemaliger Kolonialmacht betrug dieser Anteil bereits 1980 9,0 % und hat sich seither kaum verändert, in Deutschland stieg er geringfügig an und in Frankreich ging er sogar zurück (1985: 6,8 %, 1997: 6,3 %).

Auch die Zahl der jährlichen Einbürgerungen in Österreich hat sich von 1988 bis 1997 von 8.200 auf 16.300 verdoppelt. Österreich kommt aber auch, wie in seiner Geschichte oft bewiesen, seinen humanitären Verpflichtungen gegenüber Personen, die entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht auf Asyl haben, in vollem Umfang nach. Seit 1945 sind mehr als zwei Millionen Flüchtlinge nach Österreich gekommen, rund 650.000 von ihnen sind hier geblieben – das sind rd. 8 % der Gesamtbevölkerung. Allein 1992/93 nahmen wir 92.000 Bosnier auf, das sind über 1 % der Bevölkerung. Davon sind heute 66.000 permanent in Österreich integriert.

1999 haben in Österreich 20.129 Personen einen Asylantrag gestellt. Dies entspricht einem Anstieg von 45,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Österreich lag damit im EU-Rahmen pro Kopf an 3. Stelle. Wird die Anerkennungsquote entsprechend der internationalen Übung ohne Berücksichtigung sonstiger Erledigungen nur durch Gegenüberstellung der positiven und negativen Entscheidungen berechnet, ergibt sich für 1999 eine Anerkennungsquote von 50,7 %. Bedauerlicherweise konnte über die bereits während des österreichischen EU-Vorsitzes intensiv diskutierten gemeinsamen Maßnahmen betreffend eine solidarische Aufteilung der Vertriebenen auf die einzelnen Mitgliedsländer („Lastenteilung“) bis dato keine Einigung erzielt werden. Es genügt aber nicht, mit Unerbittlichkeit das hehre Banner der europäischen Werte vor sich herzutragen, sondern es geht um deren Umsetzung. In ganz Europa.

Quelle: Der Botschafter im Außenamt, Ch. Prosel – In: Die Presse, 1. 4. 2000

12 Entkolonialisierung, Dritte Welt und Globalisierung

Warum war die englische Königin auf einer afrikanischen Marke?



eine „Dritte Welt“

Tradition im Widerstand gegen die „Weißen“

Gandhis Bewegung in Indien

willkürliche Grenzen in Afrika ...

... führen zu Kriegen

12.1 Entkolonialisierung

Im 20. Jahrhundert fanden fünf Jahrhunderte koloniale Expansion, die mit den großen Entdeckungsreisen begonnen hatte, ein abruptes Ende.

Bei den Bestreben um eine Befreiung von der Oberhoheit der europäischen Kolonialmächte kann man zwei Entkolonialisierungswellen unterscheiden:

Im 18. und 19. Jahrhundert kämpften Weiße gegen Weiße in den USA und Lateinamerika.

Im 20. Jahrhundert verlief der Entkolonialisierungsprozess in den übrigen Gebieten der kolonisierten Südhalbkugel viel langsamer. Damit eine Kolonie unabhängig werden kann, müssen stets die folgenden Voraussetzungen gegeben sein:

Die internationalen Verhältnisse müssen sich so verändern, dass die Kolonialmacht ihre Autorität politisch, wirtschaftlich und militärisch nicht mehr länger aufrechterhalten kann. Vor allem der Zweite Weltkrieg schwächte die Stellung der Kolonialmächte in Südostasien. Besonders die japanische Besetzung, bei der die europäischen Herren recht leicht entmachteten werden konnten, führte bei der einheimischen Bevölkerung zur Zunahme des Selbstvertrauens und zu antieuropäischen Gefühlen. Für die Nationalisten in diesen Gebieten war es wichtig, dass ihnen die Japaner die Möglichkeit gaben, sich an der Verwaltung zu beteiligen. Später kam noch dazu, dass die Großmachtstellung Frankreichs und Großbritanniens nach 1945 wirtschaftlich zugunsten der USA verloren ging.

Die neuen Supermächte USA und UdSSR waren umgekehrt nicht an der Wiederherstellung der alten Kolonialordnung interessiert. Für beide war es in der Phase des „Kalten Krieges“ besonders wichtig, Bundesgenossen in der neu entstehenden „Dritten Welt“ zu gewinnen.

Die innere Situation der Kolonien war von Anbeginn auch vom Widerstand gegen die europäischen Einflüsse bestimmt. Kolonialtruppen (z. B. die französische Fremdenlegion, deutsche Askaris = einheimische „Schutztruppen“) warfen Aufstände oft blutig nieder. Der Mau-Mau-Aufstand in Kenia noch Mitte der 50er Jahre kostete fast 14.000 Afrikanern das Leben – gegenüber weniger als 100 Weißen und Indern.

Neben dem direkten Widerstand gab es eine breite Skala von Protestbewegungen, die das Wachstum nationalen Selbstbewusstseins förderten. In Indien dienten schon in den 30er Jahren Mahatma Gandhis Aufrufe zum Boykott englischer Waren, besonders Textilien, zur Stärkung der kleingewerblichen indischen Wirtschaft. Hunger- und Sitzstreiks führten zu Solidarierungen großer Schichten der Bevölkerung. Die britische Labourregierung der Nachkriegszeit wurde schließlich zum Vorreiter der Gewährung der Unabhängigkeit – nicht nur in Indien.

In Afrika standen hinter dem Widerstand oft religiöse und stammesverwurzelte Gruppen. Das Unabhängigkeitsbestreben vieler Kolonialgebiete wurde dadurch erschwert, dass geschulte Kräfte für den Aufbau politischer Organisationen oft fehlten und dass verschiedenste Stämme, Religionsgemeinschaften und damit verschiedenste Sprachen in den von den Europäern willkürlich gezogenen Grenzen nebeneinander bestanden (ca. 2000 allein in Afrika).

Die Spannungen zeigten sich oft in den jungen Staaten in Form von Bürgerkriegen. So in Nigeria zwischen den Stämmen an der Küste und im Landes-

inneren Ende der 60er Jahre; oder auf dem indischen Subkontinent zwischen den Hindus und islamischen Pakistanis. Verstärkt werden solche blutigen Konflikte noch durch die Hoffnung auf Rohstoffvorkommen z. B. im Kongokrieg Anfang der 60er Jahre.

Die **national gefärbte Ideologie** des Widerstandes war in vielen Befreiungsbewegungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von der kommunistischen Weltanschauung geprägt. **Mao Tse-tungs** Guerillakriegsführung (= „Kleinkrieg“ mit Partisanen ohne Fronten) beeinflusste **Ho-Chi-Minh**s Errichtung einer sozialistischen Republik Nordvietnam 1954 oder **Fidel Castros** Revolution in Kuba 1959. Der gegenläufige Einfluss der beiden Supermächte ließ von den USA und von der UdSSR unterstützte Befreiungsorganisationen in den Unabhängigkeits- und Bürgerkriegen in den Ländern der Dritten Welt gegeneinander kämpfen und bluten.

nationale Befreiungsbewegungen



A Arbeitsaufgaben:

- Stellen Sie anhand der synoptischen Übersicht am Ende des Buches fest, wann das „Jahr der afrikanischen Unabhängigkeit“ war.
- Stellen Sie mit Hilfe des Geographieatlas fest, welche Gebiete noch heute unter kolonialer Verwaltung stehen.
- Stellen Sie ferner Konflikte in der Dritten Welt fest (Synopsis und aktuelle Zeitungsberichte). Versuchen Sie, eine aktuelle Weltkarte der Konfliktherde zu erstellen. Unterscheiden Sie dabei zwischen Bürgerkriegen und äußeren Einflüssen.
- Stellen Sie ein Dossier zusammen.
- Verwenden Sie ferner die Suchfunktion einiger Zeitungsarchive!
- Zeigen Sie Ihre Suchergebnisse in Form einer Wandzeitung.

www-Tipp

<http://www.hls.sha.bw.schule.de/konflikt/projhome.htm>
<http://www.weltpolitik.net>

12.2 Die Dritte Welt

Weißer nur von farbiger Obrigkeit abgelöst

Politische Unabhängigkeit bedeutet noch **nicht bereits wirtschaftliche Unabhängigkeit**. In Asien und Afrika blieben die administrativen und sozialen Verhältnisse auch nach der Unabhängigkeit oft gleich. Ein oft geübtes Mittel war die Einbeziehung der einheimischen Oberschicht in die Verwaltung der Kolonialmacht und das Schaffen einer westlich orientierten einheimischen Eliteschicht, die schon vorher die Kolonialverwaltung gegen gesellschaftsverändernde Strömungen unterstützen konnte.

wirtschaftliche Abhängigkeit bleibt

Die politisch-wirtschaftliche Fremdherrschaft in den jungen Staaten blieb weiterhin aufrecht. Plantagen, Bergbauunternehmen und Handelsbeziehungen wurden und werden auch nach der staatlichen Unabhängigkeit von ausländischen Unternehmen kontrolliert. Eine wichtige Rolle spielen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen die ungleichen „terms-of-trade“: Die Preise der von den Dritte-Welt-Ländern hauptsächlich exportierten Rohstoffe stehen in einem immer schlechter werdenden Verhältnis zu den steigenden Preisen für Industriewaren. Viele Entwicklungsländer sind zudem vom Export nur eines oder ganz weniger Rohprodukte und deren Weltmarktpreisen abhängig.

häufig nur Rohstofflieferanten

Immer größere Ackerflächen dienen daher nicht mehr dem Anbau im Land benötigter Lebensmittel, sondern liefern „cash crops“ für den Export. Naturkatastrophen wirken sich daher auch viel ernster aus. Der überwiegende Teil der Millionen hungernden und unterernährten Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika ist zu arm, um (die vorhandenen) Lebensmittel in ausreichender Menge kaufen zu können!

Hunger durch Armut

Um Investitionen zum Aufbau einer Industrie für die rasant wachsende Bevölkerung tätigen zu können, müssen sich (besonders die rohstoffarmen) Entwicklungsländer zwangsweise immer stärker verschulden. Dadurch steigt die Abhängigkeit besonders der kleinen Dritte-Welt-Länder von den Vorstellungen der Geldgeber in den Industrieländern. Der Internationale Währungs-

wachsende Verschuldung

Verlust des kulturellen Selbstbewusstseins und der kulturellen Identität

fonds (IMF) gewährt einem Land nur dann Kredite, wenn die betreffende Regierung bereit ist, ihre Wirtschaftspolitik den IMF-Richtlinien anzupassen.

Auch in kultureller Hinsicht bestehen Abhängigkeitsverhältnisse. So ist die Versorgung mit Nachrichten in der Welt in den Händen einer kleinen Anzahl von Nachrichtenagenturen, die alle ihren Sitz in Industrieländern haben. Bis heute konnten die Dritte-Welt-Länder keine eigene erfolgreiche international arbeitende Nachrichtenagentur etablieren.

Die Produkte der modernen Massenkultur (Popmusik, Filme, Fernsehprogramme) finden ihren Weg von den Konzernzentralen der Industrieländer in die Dritte Welt. Ihre Wertvorstellungen und Lebensgewohnheiten (Werbung!) werden vom breiten Publikum der armen Länder noch unkritischer aufgenommen als in unserer schon abgestumpften und satten Gesellschaft. Die eigene Kultur der Entwicklungsländer wird dann bestenfalls noch für Ferntouristen aus den Industrieländern vermarktet.

Der erste Präsident der afrikanischen Republik Ghana, Kwame **Nkrumah**, prägte dafür den Begriff **Neokolonialismus**.

Neokolonialismus

Die hohen (zweistelligen) Arbeitslosen- und (oft dreistelligen) Inflationsraten, die ungleiche Verteilung des Grund und Bodens auf dem Land führen in diesen Ländern oft zu sozialen Spannungen und Unruhen. Da die auf Reformen Drängenden häufig politisch sozialistisch ausgerichtet sind, suchen die herrschenden Gruppen der Oberschicht um Unterstützung bei westlichen Industriestaaten an. Konflikte zwischen West und Ost wurden so indirekt in diesen Ländern ausgetragen – häufig auf dem Rücken der Armen (z. B. unzählige Bürgerkriege in Afrika). In solchen Phasen der inneren Unruhen ergreifen oft Armeeeingehörige durch einen Militärputsch die Macht. Diktatorisch, ohne Rücksicht auf Menschenrechte, Gewerkschaften und Demokratie beherrschen solche Militärregierungen den Staat. In Lateinamerika sind die Kreise der hohen Militärs z. T. Verwandte der Großgrundbesitzer.

3. Welt im Ost-West-Konflikt

islamischer Fundamentalismus

In der islamischen Welt versuchte die Strömung des religiösen Fundamentalismus (Iran, Gruppen im Libanon) die Menschen von den Einflüssen aus Ost und West zu emanzipieren und eine Gesellschaft nach eigenen Wertvorstellungen aufzubauen.

T 1 Viele Moslems sehen sich aus Frust in die Radikalisierung gedrängt

Für die zunehmende Radikalisierung islamischer Gruppen ist nach Ansicht von Asis Alkawas, wissenschaftlicher Referent am Deutschen Orient-Institut in Hamburg, der Westen mitverantwortlich. „Seine Politik muss sich gegenüber der islamischen Welt umorientieren. Sie muss damit aufhören, den Moslems beibringen zu wollen, wie sie den Islam zu verstehen und wie sie den Islam im Sinne der europäischen Geschichte mit ihrer Trennung von Politik und Religion zu reformieren haben“, sagte der 55-jährige Wissenschaftler und gebürtige Iraker.

„Der Westen behandelt die islamischen Völker von oben herab“, kritisierte Alkawas. Statt dessen sollten sie sie als gleichberechtigte Partner gewinnen und eine interregionale Zusammenarbeit nicht verhindern, sondern aktiv fördern. Islamische Gruppen, die durchaus für eine friedliche Kooperation plädierten, würden aus Frustration in die Radikalisierung gedrängt, weil ihnen eine Teilhabe an der politischen Macht in ihren Ländern verwehrt werde.

Quelle: Salzburger Nachrichten, 19. 11. 97

A Arbeitsaufgaben:



www-Tipp

- Fassen Sie (unter Erinnerung an Ihren Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht) die wesentlichen Merkmale eines Entwicklungslandes zusammen.
- Verfolgen Sie ein bis zwei Wochen die Nachrichten des ORF (evtl. auch eines deutschen Senders) oder die Berichterstattung mehrerer Tageszeitungen: Wie viele und welche Meldungen betreffen Dritte-Welt-Länder bzw. -Probleme?
- Bringen Sie aus den Kenntnissen des Geographie- und Wirtschaftskundeunterrichts Beispiele, die den allgemeinen Text illustrieren.
- Bei der politischen Betrachtung der innenpolitischen Gegensätze in Ländern der Dritten Welt sollte man bedenken, dass auch in Österreich nach 1918 nicht sofort eine friedlich funktionierende Demokratie entstanden ist, wobei die sozialen Gegensätze und die Abhängigkeit vom Ausland heute in diesen Staaten ungleich größer sind! Begründen Sie diese Aussage!
- Überlegen Sie den Satz: An jedem Elend profitiert immer jemand.

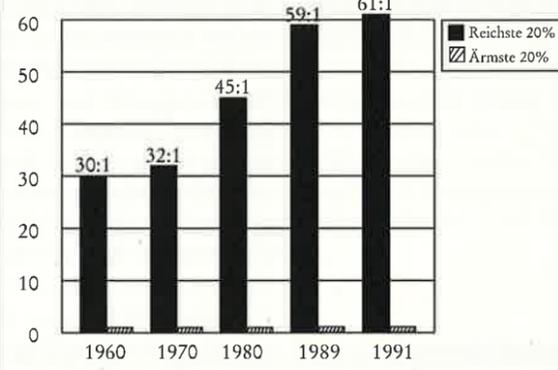
<http://www.oneworld.at/suedwind.magazin/archiv.htm>
<http://www.welthaus.de>

Verteilung des Wohlstands in der Weltgesellschaft

In den vergangenen 50 Jahren hat sich das Welteinkommen real siebenfacht, pro Kopf verdreifacht. Der Zuwachs war national wie international sehr ungleich verteilt, so dass sich die Einkommensunterschiede krass verschärften. Der Anteil der reichsten 20% der Bevölkerung am Welteinkommen stieg zwischen 1960 und 1991 von 70 auf 85%; der Anteil der 20% Ärmsten schrumpfte von 2,3 auf 1,4%. Anfang der 90er Jahre verfügte mithin ein Fünftel der Menschheit – zum überwiegenden Teil in den Industrieländern des Nordens – über mehr als vier Fünftel des weltweiten Einkommens.

Diese Zahlen beziehen sich nur auf die Einkommensungleichheiten zwischen Staaten. Ginge die Einkommensverteilung innerhalb der Länder in die Rechnung ein, so ergäbe sich nach Einschätzung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), daß die reichsten 20% der Weltbevölkerung über mehr als das 150fache des Einkommens der ärmsten 20% verfügen.

Einkommensklüft zwischen den reichsten und den ärmsten 20% der Weltbevölkerung 1960–1991
Verhältnis der Einkommen



Quellen: UNDP, 1992, 1994

T 3 Einkommenskonzentration in ausgewählten Industrie- und Entwicklungsländern Ende der 80er Anfang 90er Jahre

Land/Region	Anteil der ärmsten 20% bzw. der reichsten 20% und 10% der Bevölkerung am gesamten Einkommen bzw. Konsum in %			Land/Region	Anteil der ärmsten 20% bzw. der reichsten 20% und 10% der Bevölkerung am gesamten Einkommen bzw. Konsum in %		
	Ärmste 20%	Reichste 20%	Reichste 10%		Ärmste 20%	Reichste 20%	Reichste 10%
Industrieländer				Lateinamerika			
USA	4,7	41,9	25,0	Mexiko	4,1	55,9	39,5
Japan	8,7	37,5	22,4	Chile	3,3	60,4	45,8
Deutschland ¹	7,0	40,3	24,4	Brasilien	2,1	67,5	51,3
Frankreich	5,6	41,9	26,1	Guatemala	2,1	63,0	46,6
Großbritannien	4,6	44,3	27,8	Nicaragua	4,2	55,3	39,8
Asien				Afrika			
Korea (Süd)	7,4	42,2	27,6	Tunesien	5,9	46,3	30,7
Malaysia	4,6	53,7	37,9	Senegal	3,5	58,6	42,8
Thailand	6,1	50,7	35,3	Simbabwe	4,0	62,3	46,9
Indonesien	8,7	42,3	27,9	Äthiopien	8,6	41,3	27,5
Indien	8,8	41,3	27,1	Tansania	2,4	62,7	46,5

¹ Nur Westdeutschland

Quelle: Global Trends 1998, Fischer T6

T 4

Wissen Sie, wie Sie Ihr Leben mit weniger als 10 Schilling am Tag finanzieren können?

- Geben Sie alle Ihre Möbel weg, bis auf einen Tisch und einen Sessel.
- Verzicht auf alle elektronischen Geräte und Lampen und natürlich auch auf Ihr Auto.
- Sperren Sie Gas, Wasser und Strom, verlassen Sie Ihr Haus und übersiedeln Sie in den Geräteschuppen.
- Verschenken Sie Ihre Kleidung, mit Ausnahme des ältesten Anzugs. Ein Paar Schuhe darf für das Familienoberhaupt behalten werden.
- Pachten Sie einen Hektar Ackerland; und von den bestenfalls 3000 Schilling Ertrag zahlen Sie ein Drittel an den Landbesitzer und ein Zehntel an den Geldverleiher.
- Streichen Sie Versicherungen, Krankenpflege, Pensionsanspruch und zuletzt: Kürzen Sie Ihre Lebenserwartung um gute 30 Jahre.

Udenkbar? – So leben mehr als eine Milliarde Menschen.

Quelle: Auszug aus der Hörfunkbelangsendung „Armut“, Text: Elisabeth Stratka, 1997

T 5

John Malecela, tansanischer Landwirtschaftsminister:

„Wir haben uns angewöhnt, Investoren einzuladen. Nun werden Investoren immer kommen und etwas produzieren, was sie draußen in der Welt verkaufen können. Ich habe keinen Investor gesehen, der in Tansania Sorghum oder Mais für die Bevölkerung produziert hat. Aber ich habe Investoren gesehen, die Tabak, Blumen, Saatbohnen und so weiter für den Export produzieren wollten. Und weil diese Investoren mit Devisen kommen, nehmen wir manchmal sogar zwangsweise unserem Volk das beste Land und geben es ihnen.“

Wir brauchen nicht nur Rohstoffe und Erdöl, die Entwicklungsländer brauchen nicht nur Kapital und Technologie.

Beide brauchen den Absatzmarkt des anderen!



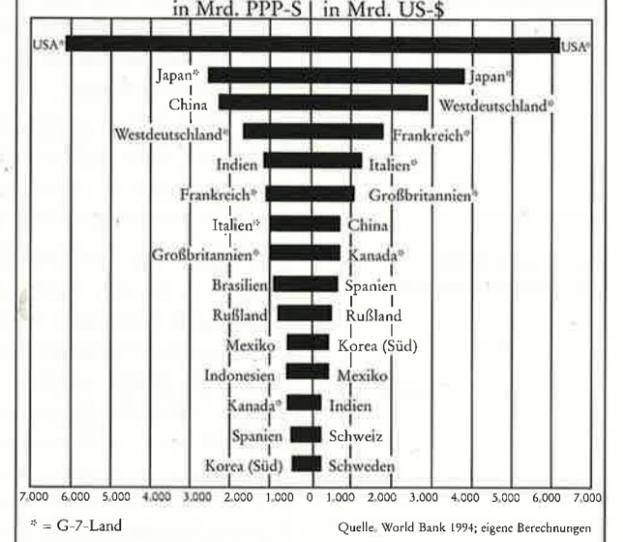
A Arbeitsaufgabe:

- Wiederholen Sie den Begriff „Terms-of-Trade“!

Seit 1993 hat der Internationale Währungsfonds (IWF) versucht, die wirtschaftliche Stärke der einzelnen Länder auf der Basis der realen Kaufkraftparität neu zu berechnen. Das Pro-Kopf-Einkommen wird dabei an die lokalen Lebenshaltungskosten angepasst und in PPP-Dollars (purchasing power parity) ausgewiesen. Wird die Wirtschaftsleistung in PPP-Dollars ausgewiesen, dann entfielen 1994 auf die Industrieländer nur noch 54,6% der globalen Wertschöpfung, während die Entwicklungsländer ihren Anteil bereits auf etwas über 40% steigern konnten. Einen noch stärkeren Gewichtsverlust als bei Zugrundelegung des konventionellen Dollar-BSP verzeichnen nach dieser Berechnungsmethode die Transformationsländer der ehemaligen Sowjetunion (GUS) und Osteuropas. Ihr Anteil an der Weltwirtschaft war bis 1994 auf nur noch 5,3% zurückgefallen. Während der Aufholprozess der asiatischen Länder nach diesem Index deutlich hervortritt, wird die rückläufige oder stagnierende Position Afrikas oder Lateinamerikas bestätigt. Noch bemerkenswertere Verschiebungen ergeben sich in der Rangliste der einzelnen Länder. Auf Platz 3 der Wirtschaftsmächte wird durch die PPP-Methode China katapultiert. Nach der Kaufkraftparität bemessen gehören einige der G-7-Länder bereits nicht mehr zu den ökonomisch stärksten Ländern der Welt. Vor Kanada rangieren jetzt sechs Nationen, die nicht zur westlichen Welt gehören: China, Indien, Brasilien, die Russische Föderation, Mexiko und Indonesien. Während nach dem neuen Maßstab neben Kanada auch Großbritannien nicht mehr zur G-7-Gruppe gehört, könnten mit China und Indien zwei klassische Länder der „Bewegung der Blockfreien“ einen Platz unter den Großen Sieben beanspruchen.

Rangfolge der Wirtschaftsmächte nach ihrer Wirtschaftsleistung 1993

BSP nach der Kaufkraftparität in PPP-\$ und in konventionellen US-\$



* = G-7-Land
Quelle: World Bank 1994; eigene Berechnungen

T 7

Die Industrieländer geben im Durchschnitt 0,29 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aus. Das ist der niedrigste Wert seit 20 Jahren. Durch Umschichtung der Budgets könnten jährlich 40 Milliarden Dollar zusätzlich zur Verfügung stehen, genug, um die Gesundheitsversorgung, Ernährung und Bildung aller Kinder in allen Entwicklungsländern sicherzustellen. 40 Milliarden sind ein Zehntel jenes Geldes, das in der Welt für Tabak ausgegeben wird. Die Helfer können sich nicht damit abfinden, dass alle Entwicklungsländer zusammen pro Jahr 136 Milliarden Dollar für ihre Armeen ausgeben. Uganda beispielsweise verwendet 38 Prozent des Staatsbudgets für Verteidigung und nur 1,5% für Gesundheit.

Quelle: OÖN, 27. 12. 95



T 8 Mehr Demokratie könnte Hungersnot häufig abwenden

Washington (SN, AP, AFP). Alle großen Hungersnöte seit dem Zweiten Weltkrieg seien die Folge systematischer Unterdrückung der Menschenrechte gewesen, erklärte die US-Organisation „Human Rights Watch“ am Dienstagabend in Washington in einer Erklärung, die zum Gipfel der Blockfreien in Djakarta veröffentlicht wurde. Die Menschenrechtsorganisation will nach eigenen Angaben gegen das in Entwicklungsländern weitverbreitete Vorurteil angehen, bürgerliche Freiheiten seien ein „Luxus“, den sich die Dritte Welt nicht leisten könne. Die Studie „Unenteilbare Menschenrechte“ vertritt die These, dass die katastrophalen Hungersnöte in China von 1958 bis 1961, im Sudan 1984 und 1990 sowie in Äthiopien in den 80er Jahren entstanden seien, weil eine Kontrolle durch demokratische Institutionen nicht stattfinden konnte. Dagegen sei es in Indien und Botswana mehrmals gelungen, aufgrund funktionierender demokratischer Mechanismen Hungersnöte abzuwenden. So sei es in Indien im Zusammenwirken demokratischer Institutionen wie unabhängiger Gewerkschaften, örtlicher Basisgruppen, freigewählter Parlamente sowie einer freien Presse gelungen, 1966, 1973 und 1987 Hungersnöte zu verhindern. Auch in Botswana sei es in den 80er Jahren nicht zu Hungerkatastrophen gekommen, weil aufgrund demokratischer Kontrollen im Mehrparteiensystem rechtzeitig Notprogramme angepackt worden seien. Dabei habe

Botswana größere Ernte-Ausfälle als Äthiopien und Sudan verkraften müssen. Als Gegenbeispiel führen die Autoren die Hungerkatastrophe in China an, der Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre laut Schätzungen 15 bis 30 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. „Informationen wurden unterdrückt, Diskussionen verhindert und die Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt.“ Dies habe die kommunistischen Behörden in die Lage versetzt, die Kollektivierung der Landwirtschaft durchzusetzen und Ernteberichte zu beschönigen. Die Regierung habe sogar zu dem Zeitpunkt, als ihr klar war, dass Hunger im Land herrscht, weiter Getreide ausgeführt. Die systematische Verletzung der Menschenrechte in Mexiko wurde jetzt auf einer Tagung katholischer Geistlicher über soziale Fragen scharf kritisiert. Die Lage der Mexikaner sei durch ungleiche Verteilung der Ressourcen, extreme Armut, Massenarbeitslosigkeit, Krankheiten und systematische Verletzung der Menschenrechte bestimmt. Als Menschenrechtsverletzungen werden in dem Dokument u. a. die weitverbreitete Unterernährung, die schlechte Gesundheitsversorgung, willkürliche Verhaftungen, unfaire Gerichtsverfahren, Verstöße gegen die Meinungsfreiheit sowie die Diskriminierung der Frauen, der Landbevölkerung und der Indios angeführt.

Quelle: Salzburger Nachrichten, 3. 9. 1992

12.3 Globalisierung

Epoche der Globalisierung

Unsere Zeit wird häufig als „Epoche der Globalisierung“ bezeichnet. Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt war der Begriff „Globalisierung“ noch weitgehend unbekannt.

besonders seit 1989/90

Bis ca. 1990 war die Welt in zwei – seit dem Zweiten Weltkrieg entstandene (vgl. Kap. 9) – große politische und wirtschaftliche Einflusssphären getrennt. Die unterentwickelte so genannte „Dritte Welt“ ist von den beiden anderen „Welten“ abhängig.

Die politischen und wirtschaftlichen Abgrenzungen zwischen den beiden Blöcken aber ließen nationale Abschottungen „von der jeweils anderen Welt“ durchaus noch zu (zeitweise z.B. durch den „Eisernen Vorhang“ der UdSSR oder der VR China, später bei Nordkorea, Albanien ...).

Dominanz eines Gesellschaftsmodells

Die Welt ist anders geworden. Seit dem Systemwandel 1989/90 (vgl. Kap. 11) konzentriert sich die wirtschaftliche und politische Macht in der Hand von nur mehr einer so genannten „Supermacht“, die weltweit militärisch und wirtschaftspolitisch enormen Einfluss ausüben kann – nämlich der USA. (2003 machte das US-Rüstungsbudget das Sechsfache des russischen Militärbudgets aus! Beziehungsweise war das US-Rüstungsbudget doppelt so groß wie das von Russland, Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammengenommen). Auch auf der internationalen Bühne werden immer mehr Rechtsverfahren aus allen Teilen der Welt vor US-Gerichten abgehandelt, wobei andererseits die US-Regierung nicht anerkennt, dass Amerikaner vor UN-Gerichte zitiert werden dürfen.

stärkere Abhängigkeiten ...

Obwohl heute die meisten Menschen ihr Alltagsleben großteils im lokalen Raum und in lokalen Zusammenhängen verbringen, sind die meisten alltäglichen Lebensbedingungen in globale Prozesse und deren Einflüsse eingebettet: Lokales und Globales werden ineinander verwoben („Glokal“).

Diese Abhängigkeiten sind weltweit und überall feststellbar (etwa bei Aktienkursen, Werksverlagerungen und -schließungen, Preisentwicklungen bei Rohstoffen wie Erdöl, bei vielen Konflikten ...). Kulturelle Identität und soziale Ungleichheit verlieren konsequenterweise immer stärker ihren räumlichen Bezug. Etwa bei der über Medien international gesteuerten „Jugendkultur“, d. h., Jugendliche hören z. B. nicht nur Musik aus der eigenen Region, sondern meist Musik, die von den Medien international vermarktet und gespielt wird.

Krasses Reichtumsgefälle und kulturelle Verschiedenheit können umgekehrt auf engstem Raum (etwa in einer Stadt) nebeneinander und zum Teil nach sozialen Schichten getrennt beobachtet werden.

www-Tipp

<http://www.bpb.de/themen> → Internationale Politik → Globalisierung

Änderungen

In seiner kürzesten Definition ist „... the international integration of markets (...) that's what globalization means in short.“

Merkmale

Folgende **sieben Merkmale für den heute ablaufenden Globalisierungsprozess** sind erkennbar:

1. Ungebremste Ausbreitung von Produktion und Kapitalinvestitionen über nationale und kontinentale Grenzen hinaus
2. Weltweit operierende Finanzmärkte, die keinen Bezug mehr zu realen Gütermärkten und der Bonität, d. h. der finanziellen Zuverlässigkeit, von Unternehmen haben; häufig haben diese ungebremsten und teils spekulativen Finanzströme (diese sind manchmal größer als die Geldsummen, die Finanzminister in ihren nationalen Budgets bewegen können!) Wirtschaftskreisläufe destabilisiert. Denken Sie an Krisen an den Aktienmärkten der letzten Jahre.
3. Weltweite Kommunikation, z.B. über das Internet, mit minimaler Zeitverzögerung und geringem Kostenaufwand ist durch den hohen Standard der Informations- und Kommunikationstechnologie möglich geworden. Diese Entwicklung verstärkt die in den Punkten 1 und 2 beschriebenen Prozesse.

4. Es zeigt sich eine deutliche Schwächung der nationalen Regierungen als Ordnungsmächte zugunsten international (oft finanziell viel größerer und schneller) operierender Unternehmen. Deren Manager haben hauptsächlich strategische Interessen und den Shareholdervalue (= Kursgewinne für die Aktieninhaber) im Auge und sind demokratisch durch Parlamente nicht kontrollierbar.

5. Eine intensive und unausweichliche Begegnung und Auseinandersetzung einander fremder Kulturen und Wertsysteme, etwa als Touristen, wirtschaftliche und politische Migranten oder Flüchtlinge. Als Beispiel für die Verschiedenheit von kulturellen Wertsystemen können die unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellungen der Frauen in Europa, Afrika und Asien genannt werden.

6. Eine hohe interkontinentale Mobilität von Menschen, Gütern und Dienstleistungen ist durch schnellen und billigen Transport, z.B. Container, realisierbar geworden.

7. Ein Auseinanderdriften von Gewinnern und Verlierern globalen Wirtschaftens (= Zunahme von Disparitäten) ist feststellbar.

Dieser Wandel soll Ihnen anhand der Merkmale **traditioneller** und **postmoderner** Lebensformen in T 9 verdeutlicht werden.

Veränderungen der Lebensformen

T 9

Traditionelle Lebensformen

Traditionen verknüpfen Vergangenheit und Zukunft

Verwandschafts- und Standesverhältnisse organisieren und stabilisieren in ihr die soziale Beziehungen

Herkunft, Alter und Geschlecht bestimmen die soziale Position

Face-to-face-Situationen prägen die Kommunikation und „Erfahrungen“

geringe interregionale Kommunikation

Die lokale Dorfgemeinschaft, das lokale Milieu, bietet den vertrauten Lebenskontext.

Postmoderne Lebensformen

Alltägliche Routinehandlungen bestimmen das Sein der Menschen

Global auftretende Generationskulturen, Lebensformen und Stile

Soziale Positionen sind erwerbbar, stärkere vertikale soziale Mobilität (d.h. sozialer Auf-/Abstieg)

Abstrakte Systeme (wie „Plastikgeld“, Schrift- und Expertensysteme) ermöglichen Beziehungen, die nur mehr über Medien abgewickelt werden; gehen auch über größere Distanzen

Weltweite (z.T. Echtzeit-)Kommunikationssysteme

Die globale Stadt(-kultur) bildet weitgehend anonymen Erfahrungshintergrund und weltweite Abhängigkeiten.

Nach: Benno Werlen, Sozialgeographie. Eine Einführung, UTB 1911, 1999

A Arbeitsaufgabe:

- Versuchen Sie, zu beiden Lebensformen konkrete Beispiele zu finden.

Der „Human Development Report 2000“ (der Vereinten Nationen) zeigt, wie ungleich der Wohlstand in der Welt verteilt ist: In den meisten Ländern ist zwar eine gebildete Mittelklasse entstanden, die an Zahl und Einkommen (allein in Indien ist eine gebildete Mittelschicht von über 300 Mio. Menschen entstanden) wächst, gleichzeitig wird aber die Distanz zu den „Armen“ oder „fast Armen“ immer größer.

Verlierer dieser Entwicklung

Zwischen 1960 und 2000 stieg der Anteil, den das reichste Fünftel (20%) der Weltbevölkerung von allen Gütern und Dienstleistungen konsumiert von 70 auf 85%. Der Anteil, der dem ärmsten Fünftel zur Verfügung steht, fiel von 2,3 auf 1,4%. Die 265 reichsten Menschen dieser Welt besitzen mehr als 50% des weltweit vorhandenen Vermögens! Für ein gutes Dutzend der asiatischen, aber auch lateinamerikanischen Länder verringerte sich der Abstand zwischen „Norden und Süden“, d. h., sie konnten sich dem Entwicklungsstand der nördlichen Industriestaaten annähern. Für hundert andere Länder vergrößerte er sich – Afrika, ein ganzer Kontinent gerät an den Rand der Wirtschaftsentwicklung und auch des Weltinteresses. In einer Gesellschaft, in der sich eine derartige Schere zwischen Arm und Reich öffnet, **steigen die Konfliktpotentiale**. Sie sind in ihren Auswirkungen weltweit spürbar.

www-Tipp

<http://www.hls.sha.bw.schule.de/konflikt/index.htm> („Konflikttherde auf der Welt“)

neue Konfliktpotentiale

„Reichtum“ ist bei solchen Unterschieden („Disparitäten“) nur unter drei Umständen ungefährdet: Entweder ist er den Notleidenden unbekannt, oder sie nehmen ihre Notlage als selbstverschuldet bzw. als schicksalhaft hin – oder der Reichtum scheint für sie unerreichbar zu sein.

Keine dieser Voraussetzungen trifft heute mehr vollständig zu: In einer durch die Medien vernetzten Welt wissen inzwischen zu viele Menschen zu viel (auch wenn in ganz Afrika weniger Internet-Terminals zur Verfügung stehen als in New York City – die TV-Werbung und Filmserien werden weltweit gezeigt und spiegeln einen bestimmten „Lebensstil“ wider ...).

Die „Großen Ideen“ (Ideologien), die früher Problemlösungen für ein gesellschaftliches Miteinander visionär verkündeten, und denen die Menschen glaubten, sind weltweit zurückgedrängt worden. Dazu zählen z.B. der von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelte und in der Sowjetunion des 20. Jahrhunderts real umgesetzte „Sozialismus“ und auch sein Gegenmodell, das System der „Sozialen Marktwirtschaft“ Europas. An ihrer Stelle gewannen international agierende Konzerne und deren Gewinninteressen an Einfluss.

friedliche und gewalttätige Gegenbewegungen

Es zeigt sich jedoch auch verstärkt Widerstand gegen die Globalisierung und deren Auswirkungen. Globalisierungsgegner, die sich international „vernetzen“ wie die Organisation ATTAC, Umweltorganisationen wie Global 2000 bzw. Greenpeace, oder andere NGOs („Non Governmental Organizations“) erheben Protest.

A Arbeitsaufgabe:

- Recherchieren Sie über deren Tätigkeitsfelder!

www-Tipp

<http://www.attac.org>

Neben friedlichem Widerstand und konstruktiver Kritik treten auch radikale und terroristische Kräfte gegen die Macht und den Reichtum einiger weniger Industriestaaten auf. Diese radikale Gegenbewegung entwickelte sich zu global agierenden Terrorismusnetzwerken. Nur dadurch waren das Attentat vom 11. September 2001 und die darauf folgenden Anschläge in anderen Teilen der Welt möglich gewesen. Beim Attentat vom 11. September rasten von islamischen Terroristen gesteuerte Flugzeuge in die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York (als Symbol für die globale Finanzmacht) und in das Pentagon (als Symbol für die global wirkende Militärmacht). Dadurch aber bekam auch die US-Außenpolitik im 21. Jh. eine neue, zum Teil gefährliche, Ausrichtung.

11. September 2001

„Asymmetrische Konflikte“

Terrororganisationen können aus einer immer größer werdenden Zahl von Menschen rekrutieren, die kompromisslos bereit sind, auch ihr Leben für eine Idee einzusetzen. Die Konflikte zwischen technologisch hochentwickelten Mächten und so genannten „Modernisierungsverlierern“, die auch zu gewaltsamen Mitteln zu greifen bereit sind, nennt man „**Asymmetrische Konflikte**“. Fürchtete man im 20. Jahrhundert den „großen Konflikt zwischen den Blöcken“ (vgl. dazu Kap. 9 – Die Teilung der Welt), so scheinen im 21. Jahrhundert „Asymmetrischen Konflikte“ die größte Gefahr für Frieden und Sicherheit darzustellen.



Vom virtuellen „Spiel“ ... zur Realität des 11. 9. 2001



Welche Auswirkungen können die aus der Globalisierung resultierenden „Asymmetrischen Konflikte“ auf die reichen Staaten haben?

- Größere Migrationsströme in die Industriestaaten können zu innenpolitischen Problemen führen.
- Der soziale und politische Friede kann durch radikale populistische Parteien, die sich als Beschützer der „Modernisierungsverlierer“ sehen, aus dem Gleichgewicht gebracht werden.
- Auf diplomatischer Ebene werden demokratisch abgestimmte UNO-Beschlüsse aufgrund der Mehrheit der Vertreter aus den armen Ländern immer weniger im Sinne der reichen Industriestaaten gefasst. Diese reagieren mit ökonomischen und militärischen Druckmitteln.
- Entwicklungsländer werden aus Gründen der Armut oder um ihrer industriellen Aufholjagd willen den Schutz der Natur ihrem Wirtschaftswachstum nachordnen. Die Zerstörung der „Global Commons“ wird weltweit spürbare Folgen nach sich ziehen. Als positives Beispiel, der globalen Umweltzerstörung entgegenzuwirken, können die Bemühungen zur Einschränkung der Welterwärmung durch Schadstoffausstoß – die nach dem Ort der Unterzeichnung genannten „Kyoto-Protokolle“ – genannt werden.

Globalisierung ist in ihren Auswirkungen keine Einbahnregelung! Sie betrifft die gesamte Weltbevölkerung.

Es sollte nicht zuletzt auch aus ethischen Motiven im Interesse der reichen Staaten sein, die globalen materiellen und sozialen Ungleichheiten zu entschärfen. Ähnlich wie im Laufe der letzten 100 Jahre in den Industrieländern ein sozialer Ausgleich auf nationaler Ebene angestrebt wurde, sollte dieser Ausgleich nun auf globaler Ebene angestrebt werden.

Die an Bedeutung gewinnende „Wirtschaftsethik“ kann als Ansatz dazu gewertet werden.

Die verschiedenen Positionen der Wirtschaftsethik können Sie in dem Schulbuch für den Ethik-Unterricht von Kitzberger/Schulak, Für & Wider 2, Wien 2003 nachlesen.

fächerübergreifender Literatur-Tipp



„Den ganzen Weg nach Bagdad“, haben US-Soldaten auf das Kanonenrohr dieses Panzers geschrieben

12.4 Fallbeispiel Naher Osten – eine Konfliktregion mit globalen Auswirkungen

Der seit ca. einem halben Jahrhundert schwelende Nahostkonflikt (siehe das nachfolgende Fallbeispiel mit den Texten 10–15, das Sie im Anschluss durcharbeiten und durch aktuelles Material aus dem Internet ergänzen sollen) ist ein vielschichtiges Beispiel für ein Problem, das in seinen Ursachen und Auswirkungen weit über den regionalen Bereich der Region Palästina und ihrer Bewohner hinausgeht.

Israel
Palästina
USA

Die globale Bedeutung verdeutlichen uns auch die Ereignisse nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center in New York am 11. September 2001. Wichtigste Argumente der dort tätig gewordenen Selbstmord-Attentäter waren die „Befreiung Palästinas“ und die Zurückdrängung des „weltweiten US-Imperialismus“. Umgekehrt liegen die Interessen der heute weltweit allein handlungsfähigen Supermacht USA nicht nur in der Position einer Schutzmacht des Staates Israel, ihres wichtigsten Verbündeten in dieser strategisch bedeutenden Region. Gerade auch das Interesse an einer für die Weltenergieversorgung wichtigen Rohstoffregion und das Verhältnis USA zu den arabischen Staaten am Golf spielen hier eine weitere bedeutende Rolle.

Afghanistan

Für den daraus entstandenen Interventionsfall der USA und ihrer Verbündeten wurde in der NATO – etwa 2001 bei Afghanistan – der Bündnisfall mit Verpflichtungen für die europäischen Verbündeten erstmals außerhalb Europas ausgerufen.

Der von der US-Regierung, insbesondere unter Präsident George W. Bush jun. angepeilte „weltweite Kreuzzug gegen den Terrorismus“ und der Einteilung der Welt in „good and evil“ zeigt noch mehr: Zunächst wurde in dem von radikalen, fundamentalistischen Taliban (ursprünglich Ausdruck für „Koranschüler“) beherrschte Afghanistan militärisch interveniert. Diese fundamentalistischen Islamisten waren in den 80er Jahren von der USA beim Guerillakrieg gegen die Russen, die Afghanistan besetzt hatten, mit Waffen unterstützt worden. In Afghanistan waren 2001 Ausbildungszentren der neuen Terrorvereinigungen ausgemacht worden, wo auch viele Freiwillige anderer islamischer Bewegungen ausgebildet worden waren. Deren Sprengkraft war auch von den konkurrierenden (weltlich orientierten) Großmächten China und Russland erkannt worden. Beide Regierungen haben ihre eigenen ungelösten Konfliktzonen in Tschetschenien und in Tibet. Dadurch gelang es den USA sogar, unter Duldung Moskaus, in den neuen zentralasiatischen Staaten (seit der Zarenzeit im 19. Jahrhundert russisch und bis 1991 noch ehemalige Sowjetrepubliken!) militärisch und politisch mit Stützpunkten und Abkommen Fuß zu fassen – vor 1990 wäre das eine Ungeheuerlichkeit gewesen!

Irak

Der (zweite) Irak-Krieg 2003 stellte dann eine weitere Festigung der geostrategischen Vormachtposition der USA dar: Der kleinere, weltlich ausgerichtete Irak war ursprünglich von den USA gegen die neu entstandene Islamische Republik Iran unterstützt worden. Ein jahrelanger, verlustreicher Krieg endete mit einem Patt. 1991 überfiel Iraks Diktator Saddam Hussein das benachbarte ölfreiche Scheichtum Kuwait. Nach einer Verurteilung durch die UNO wurden die irakischen Truppen von einer Interventionsarmee unter US-amerikanischer Führung (US Präsident G. Bush sen.) zurückgeworfen. Aus politischen Erwägungen hatte man aber Abstand genommen, den ersten Irak-Krieg bis zum völligen Sieg und Regierungssturz fortzuführen (Erhaltung eines Gleichgewichts gegenüber der Islamische Republik Iran).

Erster Irak-Krieg

Der Irak wurde danach wegen seiner Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und wegen des Verdachtes auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen unter Kontrolle der Vereinten Nationen gestellt. Demokratische Verhältnisse entstanden aber auch nicht in Kuwait oder Saudi Arabien. US-Flugzeuge griffen in den Jahren danach mehrmals von ihren Basen in der Türkei und in Saudi-Arabien irakische Städte und Luftabwehrstellungen an. Als Saddam die internationalen UN-Waffeninspektoren immer wieder

Irak unter UN-Kontrolle

Zweiter Irak-Krieg

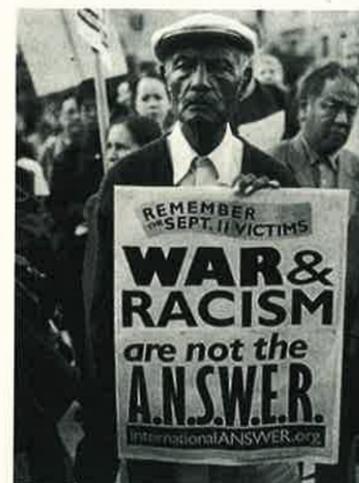
bei ihrer Tätigkeit behinderte, eskalierte die Situation nach dem 11. September 2001 (obwohl die Mehrzahl der damaligen Flugzeugentführer saudi-arabische Pässe besaß!). Im Herbst 2002 wurde eine UN-Resolution mit Androhung militärischen Eingreifens beschlossen.

Der von den Amerikanern (und Briten) durch Truppenverlegungen in die Golfregion gegen den Irak aufgebauten Drohkulisse wurde durch andere Regierungen (besonders Frankreichs und Deutschlands) mit ihren Aussagen die Schärfe genommen. Obwohl sich so bis zum Frühjahr 2003 keine Mehrheit im UN-Sicherheitsrat fand, beschloss G. W. Bush jun. einen Präventivkrieg. Er besetzte mit den Briten aufgrund gewaltiger militärtechnologischer Überlegenheit innerhalb von drei Wochen den Irak und stürzte das Regime. Die als Vorwand angeführten Massenvernichtungswaffen wurden auch ein Jahr danach nicht gefunden. Umgekehrt zeigt sich, dass die USA mit einer politischen Lösung im Alleingang überfordert ist. Demokratische Strukturen zu errichten, stellte sich als die viel schwierigere Aufgabe heraus. Im Sommer 2004 versuchte die US-Regierung den nicht enden wollenden Krieg zu entschärfen. Die Militärpräsenz blieb, stufenweise führte man aber eine zivile irakische Verwaltung ein.

Dieses nicht unproblematische Vorgehen (Ausschaltung der UN als höchste Weltinstanz und damit ein Bruch des Völkerrechts durch einen Angriffskrieg) sicherte den USA eine neue, wichtige geostrategische Position (→ blicken Sie dazu einmal in den Atlas bzw. informieren Sie sich zusätzlich mit Hilfe der angeführten Links). Ob das durch die Weltgemeinschaft seit 1945 mit den Vereinten Nationen (UNO) eingerichtete oberste Weltsicherheitsystem dadurch nachhaltigen Schaden genommen hat, ob eine neue Qualität „Asymmetrischer Konflikte“ in der Folge zunehmen wird, wird die Zukunft zeigen.

www-Tipp

www.wienerzeitung.at/linkmap/politik/irak/default.htm
www.gw.eduhi.at → Regionen → „Irak“ bzw. „Israel“
www.ex-oriente-lux.de/nahost



Le Monde, 16. 9. 2002

A Arbeitsaufgaben – Analyse einer Karikatur:

- Aus welchem Zusammenhang heraus ist die Karikatur wohl entstanden?
- In welcher Zeitung ist die Karikatur entstanden? Welche Position hat das Land, in dem die Zeitung erschienen ist, im Irak-Krieg eingenommen?
- Wer sind die in der Karikatur dargestellten Personen?
- Beschreiben Sie die Attribute, die der Karikaturist dazu verwendet hat, um seine Botschaft zu verstärken?
- Welche Botschaft wollte der Karikaturist vermitteln?
- Ziehen Sie nach der Analyse der Karikatur den folgenden Text von Peter Ustinov heran.

Zwei Aussagen über den Irak-Krieg 2003 :

Gerd Bacher

Die Abenteuerlust der Kreuzfahrer ...

Dieser Krieg wurde von US-Präsident Bush unter Begründungen vom Zaun gebrochen, die sich allesamt als falsch, besser gesagt, als gefälscht herausstellten. Aber das wusste man schon vorher, sicher wussten es die Berater. Weder hatte der Irak Massenvernichtungswaffen, noch fand man Beweise für die Zusammenarbeit mit „al Qaida“, geschweige denn für die Urheberschaft des 11. September. Jene Urheberschaft, die Vize-Kriegsminister Wolfowitz, schon tags darauf deklariert hatte.

Angriffskrieg ist laut Völkerrecht nur vertretbar, wenn ein Angriff „unmittelbar und mit überwältigender Kapazität“ droht. Unsinn, sagen die Kriegsherrn: Im Zeitalter des Terrorismus taugt das geltende Völkerrecht nicht mehr, jetzt darf angegriffen werden, wenn man sich bedroht fühlt. Wann das ist, bestimmt der Weltvormund, an Terroristen wird's nicht fehlen.

Der wahre Kriegsgrund, von jedem Imperialisten seit Jahrtausenden so praktiziert und bis zum Nürnberger Prozess einsichtig, lautet ganz simpel: Wir, die US-Regierung und die hinter ihr stehenden Kräfte wollen die bestimmende Macht, auch im Nahen und Mittleren Osten sein. Die Kumpanei mit den Tyrannen der Region (in Ägypten oder Saudiarabien etc.), darunter auch der seinerzeit von den USA gegen den Iran aufgerüstete Saddam, hat zu wenig gebracht. Der Mittlere Osten ist eine Voraussetzung der *pax americana*, besonders angesichts des Fernen Ostens. Kein Einwand, wenn das die imperiale Demokratie mit politischem und wirtschaftlichem Druck zustande bringt. Wenig spricht leider dafür, dass die Sieger das Zeug mitbringen, den Mittleren Osten, vorerst den Irak, in Freiheit zu befrieden. Kreuzfahrmentalität kennen wir aus der Geschichte. Sie brachte lang andauernden, unversöhnlichen Hass.

Zum ersten Mal seit Roosevelt, mehr als ein halbes Jahrhundert her, regiert in Washington ein ideologischer Wille; zum Unterschied von Roosevelt mit einem Weltmachtkonzept und einer davon abgeleiteten Strategie. Man kann die Planung seit Jahr und Tag nachlesen. Ziel sind Ausbau und Bestand der USA als einzige Weltmacht, Instrument ist eine vergleichslose militärische Überlegenheit, die Konkurrenzlosigkeit zu garantieren hat. Interventiert wird im Namen von Demokratie und Befreiung „preemptive“. Ein starkes Europa ist dieser Strategie nur willkommen, wenn es Gefolgschaft leistet. Alte Freunde, Atlantiker (= NATO-Freunde) der ersten und der letzten Stunde, beschwören Europa, dass ihm auch gar nichts anderes übrig bliebe.

Der Konflikt hat die Legende von „dem Westen“ entzaubert. Der Westen ist keine Einheit mehr, er besteht aus den übermächtigen USA einerseits und Europa, vielleicht samt Kanada andererseits. Europa ist eine wirtschaftliche Weltmacht, kann eine politische Großmacht sein, wenn es sich jene militärische Stärke gibt, mit der es für die europäische Sicherheit selbst sorgen kann.

Unmittelbar vor dem zweiten Irak-Krieg wurde im Rat keine Abstimmung durchgeführt, aus dem einfachen Grund, dass sie nicht zu gewinnen gewesen wäre. Die Abstimmung wurde umgangen, indem man auf das Mittel der einseitigen Militäraktion zurückgriff und damit offen rechtsbrüchig wurde. Der Krieg war so kurz wie die überwältigende technische Überlegenheit der einen Seite über

William L. Lyons Brown, US-Botschafter in Österreich

Ein stabiler Naher Osten

Nun, da sich der militärische Einsatz im Irak dem Ende zuneigt, ist es hilfreich, die Politik meines Landes, seine Ziele im Irak und im Nahen Osten darzulegen. Krieg ist immer der letzte Ausweg, den kein verantwortlicher Politiker herbeiwünscht. Dafür gibt es natürlich moralische, aber auch politische Gründe. In einer Demokratie sind Kriege niemals populär, ganz egal, wie stark die patriotischen Gefühle im Land sind. Der letzte amerikanische Präsident, der mein Land in den Krieg geführt hat und wieder gewählt wurde, war Franklin D. Roosevelt.

Dennoch ist Präsident Bush der Ansicht, dass dieser militärische Einsatz notwendig war, um langfristige Stabilität in die Region zu bringen und die Vereinigten Staaten vor zukünftigen Terroranschlägen zu schützen. Der Aufwand für ein solches Unterfangen ist in jeder Hinsicht sehr hoch, aber das Ziel, Frieden und Sicherheit im Nahen Osten zu etablieren, ist die Kosten wert.

Die zivilen Opferzahlen, so tragisch sie auch sein mögen, waren – verglichen mit früheren Konflikten – relativ gering. Der Krieg wurde rasch beendet, die Bevölkerung – egal, ob Sunniten, Schiiten oder Kurden – hat den amerikanischen Einsatz und das Ende von Saddam Husseins Regime mit überwältigender Mehrheit begrüßt. Alle, die die Brutalität dieses Regimes angezweifelt haben, sollten sich die Gesichter derjenigen ansehen, die in den ehemaligen Gefängnissen nach Spuren ihrer Angehörigen und Freunde suchten.

Es ist der Koalition gelungen, ein bösartiges Regime zu beenden und die Chance dafür zu schaffen, eine stabile Demokratie und eine freie Wirtschaft im Herzen des Nahen Ostens zu errichten. Diese Leistung stellt eine wesentliche Veränderung in Nahost dar; doch genauso, wie sich der Irak-Krieg aus dem weltweiten Kampf gegen den Terror ergeben hat, müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass die Herausforderungen seit dem 11. 9. 2001 historische Dimensionen aufweisen.

Wir Amerikaner sind bereit, Risiken einzugehen und Kosten auf uns zu nehmen, die andere nicht tragen können oder wollen. Das Vorgehen der Koalition im Irak hat uns zu einer neuen historischen Schwelle gebracht, hinter der zahlreiche Chancen und Auswirkungen liegen.

Quelle: Die Presse vom 19. 4. 2003, S. 38

die andere gesichert war. Vorzeitig wurde der Sieg ausgerufen, denn der Konflikt ist noch nicht beigelegt. Ebenso wenig wie jener in Afghanistan. Auch die berühmte „Road Map“ für den Nahen Osten ist nicht allgemein anerkannt.

Quelle: Kurier, 19.7.2003

A Arbeitsaufgabe:

- Wenn Ihnen einzelne Hintergrundinformationen fehlen, ziehen Sie das Irak-Dossier der Wiener Zeitung heran.

Terrorismus in der Offensive

Für Kenia galt die Warnung, im marokkanischen Casablanca jedoch schlug der Terror zu. Gut geplant und „gut“ durchgeführt. Es war nach zwei Bombenanschlägen in Tschetschenien und einer Anschlagsserie im saudischen Riad das vierte massive Lebenszeichen dessen, was Fahnder und Politiker den internationalen Terrorismus nennen. Bilanz dieses „Rachefeldzuges“ fehlgeleiteter Hirne: Rund 150 Tote.

Hochrangige Geheimdienstmitarbeiter warnten, El Kaida, Osama bin Ladens längst globalisierte Organisation des Bösen, sei so inakt wie vor dem 11. September 2001. Das heißt, der Krieg in Afghanistan hat das Terrornetzwerk mit seinen Dutzenden Dependancen nicht maßgeblich beeinträchtigt. Der Irak-Krieg sowieso nicht, denn der hatte mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus herrlich wenig zu tun.

Krieg, das heißt der Einsatz von Bomben, Raketen und Soldaten, ist an sich ein fragwürdiges Mittel zur Bekämpfung kleiner, mobiler Gruppen ohne Territorium und ohne sichtbare Armee. Es liegt jedoch nahe, dass Krieg den Terrorpaten jede Menge todessehnsüchtige junge Männer geradezu zutreibt.

Warum Politiker dennoch Krieg als Mittel zur Eindämmung, wenn schon nicht Auslöschung des Terrorismus sehen, liegt auf der Hand. Sie wollen wiedergewählt werden. Eine Kriegserklärung gegen welches Land auch immer spricht in der medialisierten Gesellschaft den Patriotismus an und gibt vor, dass das Richtige für die Sicherheit der eigenen Bürger getan wird. So erklären sich die ausgezeichneten Umfragewerte für George Bush. Seine Politik in der Fliegerjacke überdeckt den Mangel an Lösungskapazität bei innenpolitischen Problemen.

Quelle: Kurier, 18.5.2003

Als die „2. Intifada“ die Westbank und Israel erschütterte

Wenn man in diesen Tagen die USA bereist, bekommt man bei politischen Debatten zwei Fragen mit Sicherheit gestellt: Wieso bringen viele Europäer für die Palästinenser mehr Verständnis auf als für Israel? Spielt da alter Antisemitismus mit? Und zweitens: Driftet jetzt ganz Europa ins ultrarechte Eck? Mögliche Antworten auf beide Fragen hängen miteinander zusammen.

Dass im Nahostkonflikt beiden Seiten schweres Fehlverhalten vorzuwerfen ist, steht außer Diskussion. Israel missachtet wie kaum ein anderes Land der Erde UN-Resolutionen, verwehrt den Palästinensern bis heute einen eigenen Staat und geht gegen mutmaßliche Attentäter ohne viel Rücksichtnahme auf die Zivilbevölkerung vor. Die palästinensische Seite aber hat die Araber nach der Gründung Israels selbst aus dem Land gelockt, kein arabischer Staat hat ihnen zu einer neuen Heimat verholfen, der versuchte Aufbau einer Selbstverwaltung hat nichts als Ineffizienz und Korruption hervor-

gebracht, und Arafat hat zuletzt ein übles Doppelspiel als Staatsmann und Terrorpate aufgeführt.

Dass Israel ein Recht hat, seine Bürger vor Terror zu schützen, sollte unbestritten sein. Was mehr Europäer als Amerikaner bezweifeln, ist aber, ob Panzereinsätze und das Niederwalzen von Zivilistenbehäusungen solche Sicherheit schafft. Das aber (und nicht nur das Schielen auf jüdische Wählerstimmen) bindet die USA und Israel so eng zusammen: der Glaube, dass auch rohe Gewalt, wenn sie nur einer edlen Sache gilt, Lösungen bringen und Frieden schaffen kann. Dass das brutale Vorgehen der jetzigen Regierung Israels in einem Volk, dessen Geduld bis zur Grenze des Erträglichen ausgereizt worden ist, immer neue Verzweigungstäter hervorbringt und in der ganzen arabischen Welt unbändigen Hass schürt, bagatellisieren überzeugte Verfechter von Gewaltlösungen sträflich.

Quelle: Hubert Feichtlbauer (kath. Publizist) in: Die Presse, 25.2.2002



Mehr als vier Jahrzehnte Krieg ...

- 1517–1917 Palästina steht unter osmanischer Besatzung. Es ist Teil des Türkischen Reiches.
- 1878 Gründung der ersten jüdischen Pioniersiedlungen durch Landkauf
- 1895 Theodor Herzls Buch „Der Judenstaat“ wird veröffentlicht.

Dreimal aufgeteilt ...

- 1915 trifft der britische Unterhändler Sir Henry MacMahon mit dem Großsheif von Mekka, Hussein, eine briefliche Absprache: Die Araber sollten sich auf der Seite der Entente gegen die Türkei erheben. Palästina würde dafür zusammen mit den Hedschas (Landschaften am Westrand der arabischen Halbinsel mit den Städten Mekka und Medina, den wichtigsten Pilgerstätten des Islams), Syrien und dem Irak Bestandteil eines unabhängigen Staates werden.
- 1916 Im geheimen Sykes-Picot-Abkommen teilen Frankreich und Großbritannien ihre Einflussphären zu den reichen Ölfeldern des Iraks auf. Der Libanon und Syrien kommen unter französischen, Palästina und Irak unter britischen Einfluss.
- 1917 gelingt es dem Bankier Lord Rothschild, als Gegenleistung für seine finanzielle Kriegsunterstützung, vom brit. Außenminister Lord Balfour die Unterstützung für ein jüdisches „national home“ zu erlangen.
- 1922 erhält Großbritannien vom Völkerbund ein Mandat zur Verwaltung Palästinas. Verstärkte jüdische Einwanderung, Ausweitung jüdischer Siedlungstätigkeit; Landkauf und Boykottmaßnahmen gegen arabische Händler und Waren.
- 1930 beschränkt die britische Mandatsverwaltung die Einwanderung und den Landkauf. Untergrundkampf zionistischer Gruppen gegen die britische Verwaltung (u.a. mit Bombenanschlägen).
- 1933–1945 Shoa (Massenvernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten) im von Deutschland besetzten Europa
- 1947 Ein UNO-Teilungsplan für Palästina wird von den Arabern abgelehnt.

Fünf Kriege und Flüchtlingswellen ...

- 1948/49 Erster israelisch-arabischer Krieg (Unabhängigkeitskrieg): In der Nacht nach der Proklamation des Staates Israel marschieren die Armeen der benachbarten Staaten in Israel ein. Dieses kann sich mit Hilfe internationaler Unterstützung behaupten und auch einen Teil der sowohl von Israelis als auch Arabern als „heilige Stadt“ angesehenen Jerusalem behalten. Erste große Flüchtlingswelle von Palästinensern in die Nachbarstaaten.
- 1956 Zweiter israelisch-arabischer Krieg (Sinaifeldzug): Im Zuge einer internationalen Krise und der Blockierung der UNO greifen israelische Truppen Ägypten an und machen erhebliche Landgewinne.
- 1964 Der palästinensische Widerstand wächst durch die Gründung der PLO (Palestine Liberation Organization).
- 1967 Dritter israelisch-arabischer Krieg (Sechstagekrieg): Der ägyptische Präsident Nasser blockiert die Meeresstraße beim Golf von Akaba, gleichzeitig marschieren ägyptische Truppen auf den Sinai (gleichnamiger Gebirgszug auf der Halbinsel Sinai) auf. Nach einem überlegenen Luftschlag greifen israelische Panzer an und schlagen die Armeen der Araber vernichtend. Das damals von Israel besetzte Gebiet ist dreimal so groß als der ursprüngliche Staat (es reicht bis zum Suez-Kanal, den Golanhöhen und ganz Westjordanien mit seinen für die Region wichtigen Grundwasserströmen). Weltweite Sympathie für Israel („David gegen Goliath“).
- 1970 Ein Palästinenser-aufstand im Königreich Jordanien wird blutig niedergeschlagen. Die PLO verlagert ihre Büros in den Libanon.
- 1973 Vierter israelisch-arabischer Krieg (Jom-Kippur-Krieg): Zum Jom-Kippur (Versöhnungstag), dem höchsten jüdischen Feiertag, an dem das gesamte öffentliche Leben zum Stillstand kommt, greifen Ägypten und Syrien gemeinsam und überraschend an. Nach Schwierigkeiten kann sich Israel dennoch behaupten und siegt.
- 1975 Beginn des Bürgerkrieges im Libanon. Die PLO kontrolliert drei Viertel des Staatsgebietes. Auch radikale islamische Fundamentalistengruppen entstehen.
- 1977 Aufsehen erregender Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat in Israel – er erkennt die Existenz des Staates Israel an!
- 1978 Israelische Truppen marschieren „zur Errichtung einer Pufferzone“ im Libanon ein. Später werden UN-Truppen dorthin geschickt. Unter US-Regie wird im Jahr danach das „Camp-David-Friedensabkommen“ zwischen Israel durch Ministerpräsident Menahem Begin und Ägypten durch den Präsidenten der Arabischen Republik, Mohammed Anwar al-Sadat, geschlossen. Danach stufenweiser Rückzug vom Sinai. Das Abkommen wird aber von den nicht einbezogenen arabischen Staaten und der PLO verurteilt.
- 1982 Sinairückgabe abgeschlossen. Aufstände in Westjordanien.
- 1982 Fünfter israelisch-arabischer Krieg (Libanoninvasion) gegen PLO-Basen. Einsatz einer internationalen Friedenstruppe (USA, GB, F, Italien einerseits, an syrischer Seite stehen andererseits Mannschaften der UdSSR). Verstärktes Auftreten islamisch-fundamentalistischer Gruppen bei den Schiiten, die neben den Sunniten kleinere Hauptgruppe des Islam im Libanon. Der Libanonkrieg zeigte nochmals, dass
 - eine militärische Lösung des Palästinakonflikts nicht möglich und
 - eine politische Lösung ohne die Einbeziehung der Palästinenser ebenfalls nicht denkbar ist.
 Im Libanon folgen danach Massaker in den Palästinenser-Flüchtlingslagern Sabra und Schatila durch die Privatarmee der christlichen Falangisten als Racheakt für ein Bombenattentat auf die Falange-Führung (die unter dem Schutz der israelischen Armee unter dem damaligen Verteidigungsminister Ariel Sharon stand).
- 1988 Verstärkte Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten der Westbank und im Gazastreifen = 1. Intifada (= Erhebung der Palästinenser gegen die Israelis). Israelische Kräfte gehen mit brutaler Härte auch gegen Zivilisten vor. Auch in Israel Proteste gegen dieses Vorgehen der Armee gegen Jugendliche und Frauen. Jordanien verzichtet auf die Westbank.
- 1989 Im Exil wird vom palästinensischen Nationalrat der unabhängige Staat Palästina ausgerufen; es kommt zur zunehmenden Isolierung der hart bleibenden israelischen Regierung.
- 1991 Der erste Golfkrieg (aufgrund einer internationalen Intervention der USA gegen den Irak, der vorher Kuwait überfallen hatte) und damit verbundene irakische Raketenangriffe auf Israel lenken die Aufmerksamkeit wieder auf Israels Politik. Die Großmächte (allen voran die USA und das reformierte Russland) streben eine internationale Nahostkonferenz zur Lösung der Spannungen am Persischen Golf und in Palästina an.
- 1993 Abkommen von Oslo für einen Friedensprozess: Nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an PLO-Führer Arafat, den israelischen Ministerpräsidenten Rabin und den israelischen Außenminister Peres scheint eine Lösung greifbar: schrittweise Selbstverwaltungsrechte – Israel erklärt sich bereit, den Gaza-Streifen und das Gebiet um Jericho den Palästinensern zurückzugeben, wodurch es zu Enteignungen israelischer Siedler, darunter auch radikale Siedlergruppen, kommt. Aber radikalen Gruppen auf beiden Seiten scheint die „Vernichtung des Gegners“ wichtiger.

- 4.11.1995 tödliches Attentat eines israelischen Rechtsextremisten auf den israelischen Ministerpräsidenten Rabin. Mit Benjamin Netanyahu wird in danach folgenden Wahlen ein Gegner des Friedensprozesses Ministerpräsident.
- 2000 Im September provoziert der israelische Spitzenpolitiker Sharon einen Konflikt am Tempelberg in Jerusalem. Der 11. September 2001 (Attentat auf das World-Trade-Center in New York) stärkt Sharons harten Kurs durch die US-Unterstützung für die israelische Regierung. Daraufhin antworten die Palästinenser mit der 2. Intifada (u.a. mit Selbstmordattentaten in Israel). Israel schickt Truppen auf die Westbank und nach Gaza und ignoriert damit internationale und UNO-Proteste.
- 2003 Zweiter Golfkrieg der USA gegen den Irak
Nach dem US-Sieg wird wieder über eine große Friedensregelung für den Nahen Osten gesprochen – auch, weil die Wirtschaft Israels durch die angespannte innenpolitische Situation stark leidet ...

A Arbeitsaufgabe:

- Ergänzen Sie die Chronologie durch aktuelle Berichte. Sie können dazu auch das Internet heranziehen – etwa bei www.eduhi.at → Geschichte bzw. Geographie → Regionales.



A Arbeitsaufgabe:

- Vergleichen Sie die Aussagen in T 15! Wieso erscheint eine Lösung unter den folgenden Gesichtspunkten so schwierig zu sein?

Zwei Ansichten ...

Über die historischen Ursachen des Nahostkonflikts gibt es eine Sicht der Israelis und eine der Palästinenser? Die Argumente für die Rechtfertigung der kriegerischen Auseinandersetzungen leiten sich aus dem Zustand Palästinas zur Zeit der jüdischen Einwanderung ab.

Israelis

Das menschenleere Land

„Die erste Aliya (Anm.: hebräisch: Einwanderung; die erste Aliya war 1882–1903) kam in ein menschenleeres, hier und dort mit elenden Hütten bebautes Land. Jerusalem war ein verfallenes Dorf, wo Slums mit vernachlässigten Denkmälern abwechselten. Die Erde Palästinas trug so gut wie nichts und seine Bewohner waren in der Hauptsache wandernde Stämme, die, ohne Grenzen zu beachten, die verödeten Teile des Nahen Ostens durchzogen.“

Quelle: Ben Gurion, David: Erinnerungen und Vermächtnis. Frankfurt 1971. S. 124, Anm.: David Ben Gurion war erster Ministerpräsident Israels

Palästinenser

Das blühende Land

„Das Heilige Land war bereits seit den Kreuzzügen (Anm.: der europäischen Ritter vom 11. bis 13. Jh.) für seine Olivenhaine und Olivenöl-Herstellung berühmt. Und lange bevor 1920 die zionistische Einwanderung begann, war Palästina als Exportland für Zitrusfrüchte bekannt und nicht zuletzt für die Jaffa-Orange berühmt. Es ist nicht genau festzustellen, wann man mit dem Anbau von Zitrusfrüchten in Palästina begann. Aber es ist belegt, dass schon 1912/13 die Araber 1 608 570 Kisten Orangen im Wert von 1 488 500 Dollar nach Europa exportierten.“

Quelle: Hadawi, Sami: Bittere Ernte. Palästina 1914–1967. Verlag für Zeitgesch. Dokumentation, Rastatt 1977. S. 27

13 Wertewandel in Kultur und Gesellschaft

13.1 Die Menschenrechte

Die Anerkennung des Wertes und der Würde des Menschen ist mit dem Wesen und der Entwicklung des demokratischen Rechtsstaates untrennbar verbunden. Der Mensch wird darin nicht nur als Teil der Gesellschaft gesehen, sondern als Individuum, das Anspruch auf einen persönlichen Freiheitsraum hat. Dieser unmittelbare Freiheitsraum muss dem Zugriff des Staates entzogen sein.

Die Formulierung der Menschenrechte ist das Ergebnis einer langen ideengeschichtlichen Entwicklung, die ihrerseits mit der westlich-abendländischen Tradition eng verbunden ist, nicht aber in allen Schritten für andere Weltzivilisationen bestimmend war. Menschenrechtsvorstellungen, wie sie in der amerikanischen Menschenrechtserklärung von 1776 (erstmalig), dem österreichischen Staatsgrundgesetz von 1867 oder in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen 1948 festgelegt wurden, haben außerhalb des westlichen Kulturbereiches erst nach und nach in Verbindung mit der Kontaktnahme in der Kolonialzeit geistige Verbreitung gefunden, was aber nicht bedeutet, dass es in anderen Kulturbereichen keine Vorstellungen von Humanität, vom Wert und von der Würde des Menschen gab. Nur entsprechen solche Vorstellungen, die eigenen kulturellen Traditionen angehören, nicht immer den Vorstellungen der europäisch-abendländischen bzw. westlichen Tradition. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass mit dem Einfluss Europas auf außereuropäische Gesellschaften und Kulturen oft eine Auflösung der Organisationsformen jener Gesellschaften (Großfamilie und Dorfgemeinschaft) verbunden war und die kulturellen Traditionen zurückgedrängt wurden. (Vergleiche das Kapitel Die Dritte Welt.)

www-Tipp

<http://www.un.org>
www.weltpolitik.net

Auch heute gibt es von manchen Staaten immer wieder auch kulturell-traditionelle Einwände gegen eine als europäisch angesehene Interpretation der Menschenrechte. Zwei Arten dieser Einwände lassen sich unterscheiden.

T 1

Aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen:

Artikel 1. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 3. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 5. Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6. Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson.

Artikel 11. (1) Jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, ist so lange als unschuldig anzusehen, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem alle für seine Verteidigung nötigen Voraussetzungen gewährleistet waren, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

Artikel 12. Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim oder seinen Briefwechsel noch Angriffen auf seine Ehre und seinen Ruf ausgesetzt werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen derartige Eingriffe oder Anschläge.

Artikel 16. (3) Die Familie ist die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17. (1) Jeder Mensch hat allein oder in Gemeinschaft mit anderen Recht auf Eigentum.

(2) Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 19. Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu pflegen und zu verbreiten.

Artikel 20. (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu friedlichen Zwecken.

(2) Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 23. (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

(2) Alle Menschen haben ohne jede unterschiedliche Behandlung das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Artikel 26. (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung.

Einerseits wird versucht, durch Berufung auf die eigene Tradition dem Einfluss europäischer bzw. westlicher Kultur und Zivilisation zu begegnen, um die eigene Identität zu stärken und sich gegen Ansprüche von außen zu wehren, andererseits kann die Berufung auf die eigene Tradition auch Vorwand sein, eine Kritik an Menschenrechtsverletzungen, die auch nach der eigenen Tradition zu verurteilen wären, zurückzuweisen.

T 2 Die Arbeit von amnesty international

Was ist amnesty international?

ai arbeitet für die Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen, d. h. von Männern und Frauen, die irgendwo auf der Welt wegen ihrer Überzeugung, Hautfarbe, ethnischen Herkunft, Sprache, wegen ihres Glaubens oder ihres Geschlechts inhaftiert sind und Gewalt weder angewandt noch zu ihrer Anwendung aufgerufen haben;

ai setzt sich – unabhängig von der Gewaltfrage – zugunsten aller politischen Gefangenen für faire und zügige Gerichtsverfahren ein; ai wendet sich in jedem Fall gegen Folter und Todesstrafe, gegen „Verschwindenlassen“ und extralegale [ohne Gerichtsurteil] Hinrichtungen;

ai versucht, die Abschiebung von Menschen in ihr Heimatland zu verhindern, wenn sie dort von der Inhaftierung als gewaltlose politische Gefangene, von Folter oder Todesstrafe bedroht sind. Sie hilft politisch Verfolgten, in einem anderen Land Schutz – etwa durch die Gewährung von politischem Asyl – zu finden;

ai spricht sich gegen den internationalen Transfer von Waffen, Ausrüstung und Know how für Militär, Polizei- und Sicherheitskräfte aus, wenn diese von den Empfängerländern dazu benutzt werden, gewaltlose politische Gefangene festzuhalten, Folter anzuwenden, die Todesstrafe oder extralegale Hinrichtungen zu vollstrecken;

ai schickt – soweit das möglich ist – eigene Missionen in Gefängnisse und Lager und setzt sich für die Beachtung der Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen ein;

ai entsendet Beobachter zu politischen Prozessen;

ai leistet Beihilfe zum Lebensunterhalt von politischen Gefangenen und ihren Familienangehörigen;

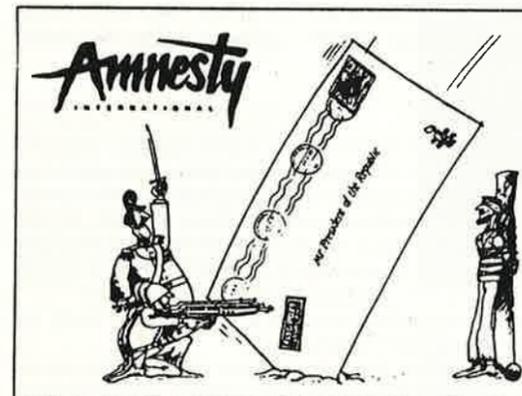
ai übernimmt in Einzelfällen das Schulgeld der Kinder und trägt die Kosten für einen Rechtsanwalt oder für medizinische Betreuung.

Wie hat amnesty international angefangen?

amnesty international wurde 1961 mit einem Zeitungsartikel ins Leben gerufen, den der britische Rechtsanwalt Peter Benenson schrieb. Er rief die Menschen in aller Welt auf, sich unparteiisch und friedlich für die Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen einzusetzen. Innerhalb eines Monats boten mehr als tausend Menschen aus verschiedenen Ländern ihre Hilfe an. Sie waren bereit, Informationen über Gefangene zu sammeln, sie zu veröffentlichen und sich an Regierungen zu wenden. Aus einem öffentlichen Aufruf entwickelte sich eine internationale Bewegung.

Quelle: amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989

T 3



Haben Eilaktionen Erfolg?

Wir haben Grund zu der Annahme, dass Eilaktionen in vielen Fällen eine positive Wirkung haben. In etwa 30 Prozent der Fälle konnte amnesty international eine Verbesserung der Situation des Gefangenen feststellen; Beendigung der Folter, Freilassung, Erlaubnis, einen Rechtsanwalt, Arzt oder Familienmitglieder zu empfangen, Beendigung der Einzelhaft, bessere Verpflegung usw.

Wir wollen und können nicht behaupten, dass diese Verbesserungen allein durch Eilaktionen herbeigeführt werden, denn der direkte Zusammenhang ist nur schwer zu beweisen. Wir wissen aber aus verschiedenen unmittelbaren Quellen, z. B. von ehemaligen Gefangenen und Verwandten von Gefangenen, dass in vielen Fällen Eilaktionen die einzige Hoffnung sind, ein Leben zu retten, Folterung zu verhindern oder bei Lebensgefahr ärztliche Hilfe zu ermöglichen.

Quelle: Nordquist, aus: Urgent action. Eilaktionen, amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland, 8. Aufl., Bonn 1991, S. 1

T 4

Traurig, aber wahr: Ausgerechnet das fortschrittliche Amerika, das die Welt ständig darüber belehrt, was gut und böse ist, will den Kleinsten unserer Gesellschaft keine Rechte gönnen. Beim Weltkindergipfel trat die Weltpolizei als massiver Bremsen auf. So wollte die US-Delegation verhindern, dass auch Kinder gegen Verstöße elementarster Rechte vor Gericht ziehen können. Auch das Recht, Minderjährige hinzurichten, wollten sich die USA nicht nehmen lassen. Und gegen Themen wie Sex, Empfängnisverhütung und Abtreibung für Jugendliche unter 18 Jahren war man sowieso. Absti-

nenz sei besser als sexuelle Aufklärung, so die Empfehlung aus Washington. Genau solche Thesen vertraten übrigens auch streng konservative islamische Länder, die Amerika normalerweise massiv kritisiert. Die USA erreichten mit ihrer Blockadepolitik, dass das ohnehin zahllose Abschlussdokument abgeschwächt wurde. Der Aufwand war wahrscheinlich überflüssig: Die USA werden das Dokument kaum unterschreiben. Auch die erste UNO-Kinderkonvention wurde nur von den USA und Somalia nicht ratifiziert.

Quelle: OÖN, 11. 5. 2004

A Arbeitsaufgaben:

- Informieren Sie sich aus dem Telefonbuch Ihrer Landeshauptstadt über eine „amnesty“-Gruppe. Besorgen Sie sich von dieser weiteres Material und gestalten Sie daraus eine Wandzeitung!
- Gehen Sie daraus einige konkrete Fälle durch. Was hatte der Inhaftierte getan – wie reagierte die Behörde darauf?

www-Tipp

<http://www.amnesty.at>

13.2 Eine offene Gesellschaft?

Mit der Entwicklung der Wirtschaft seit dem Beginn der Industrialisierung entstanden auch in der Gesellschaft für den Einzelnen neue Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs und der Emanzipation.

Gänzlich „offen“ in dieser Hinsicht ist keine der heute bestehenden Gesellschaften. Unterschiedlich ist in ihnen auch heute noch der Druck von religiösen, ethnischen, parteipolitischen, geschlechtsspezifischen oder wirtschaftlichen Zwängen und Möglichkeiten. Diese Einschränkungen sind aber im Allgemeinen in den demokratisch regierten Staaten heute geringer als in vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten. Beigetragen zu dieser Entwicklung haben die Verstärkung mit ihrer Abnahme der sozialen Kontrolle, ein besseres Ausbildungsniveau, aber auch eine gegenüber früheren Verhältnissen geänderte Organisationsform der Wirtschaftsprozesse, die nicht mehr allein mit treuen Befehlsempfängern ihr Auslangen findet.

Für die Offenheit einer Gesellschaft ist auch der Grad ihrer Integrationsfähigkeit von Minderheiten und Immigranten (Einwanderern) ausschlaggebend. Als Basis dafür stellt sich sehr stark eine funktionierende Wirtschaftsentwicklung mit Einkommenszuwachsen bei den Masseneinkommen heraus. So gesehen wirkt die Gefahr einer „Zweidrittelgesellschaft“ destabilisierend. Bei der „Zweidrittelgesellschaft“ spaltet sich die traditionelle Arbeitsgesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose. Die noch immer bestehende Mehrheit der Bevölkerung grenzt dann eine Minderheit durch formaldemokratische Mittel aus. Wahlen können gewonnen werden, auch wenn bei einer solchen Entwicklung ein großer Teil der Bevölkerung in Armut, die Mehrheit aber zulasten dieses ausgegrenzten Drittels in relativem Wohlstand lebt. Die Mehrheit lebt dann im guten Gewissen des Tüchtigen, der den Faulen verurteilt und dem Armen bestenfalls karitative Hilfe zukommen lässt. Nach einer Studie des Sozialministeriums leben derzeit in Österreich zwischen 1,2 und 1,5 Mio. Menschen an der Armutsgrenze (BMfAS, Sozialbericht). Überlegen Sie, ob derartige Entwicklungen einer „offenen Gesellschaft“ nicht zuwiderlaufen!

**Soziale Aufstiegs-
möglichkeit und
Emanzipation . . .**

**. . . und
Demokratie**

**Gefahr:
„Zweidrittelgesell-
schaft“**



T 5

Peter Glotz, bayrischer Sozialdemokrat und politischer Nachdenker, hat ein neues Buch über die Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts geschrieben. Er zeichnet darin das Bild einer Bevölkerung, von der ein Drittel zu den vom Autor so genannten „Beschleunigungsverweigerern“ gehören werden. Diese Nachhut der Informationsgesellschaft, meint Glotz, ist eine Zeitbombe. Sie könnte eines Tages gefährlich werden.

Was sind Beschleunigungsverweigerer? Diejenigen, die mit den rapiden Veränderungen unserer Welt nicht zurecht kommen und mit dem immer schnelleren Tempo dieser Veränderungen nicht mithalten können oder wollen. Der Grund dafür ist meistens mangelnde Bildung.

Wer die modernen Kulturtechniken nicht beherrscht, gelangt hoffnungslos ins Hintertreffen und rutscht früher oder später in den Status eines neuen Proletariats ab, von dem aus ein Aufstieg kaum mehr möglich ist. Hier, warnt Peter Glotz, ist eine Gruppe im Entstehen, die sich mit Recht vor der Zukunft fürchtet, die unberechenbar ist und zerstörerisch reagieren könnte, wenn ihr niemand eine Perspektive zeigt.

Man könnte Beschleunigungsverweigerer auch „die Unsichtbaren“ nennen. In den Medien kommen sie nicht vor. Wer das Fernsehen und die Magazine betrachtet, hat es so gut wie ausschließlich mit den Schnellen und Tüchtigen zu tun, den Handy-Benutzern und Internet-Usern, denen, die über Karrieren nachdenken und Fernreisen planen und in der Datenhighway-Welt zuhause sind.

A Arbeitsaufgabe:

- Besprechen Sie den in den folgenden Abbildungen gezeigten Wandel im Bürobereich. Welche Veränderungen der Arbeitswelt, insbesondere der Arbeitsbedingungen für Frauen, sind daraus zu erkennen? Versuchen Sie, diese Entwicklung zu begründen.

In der Geschichte der Büroarbeit hat es im Wesentlichen 3 Technisierungsschübe gegeben.

Zweiklassige Handelsschule für Mädchen, Wien 1912

Lehrgegenstände	I. Kl.	II. Kl.
a) obligat:		
1. Unterrichtssprache	2	3
2. Kaufmännisches Rechnen	5-3	3
3. Handels- und Wechselkunde	3-1	2
4. Korrespondenz und Kontorarbeiten	2-4	3-0
5. Buchhaltung	2-4	4-0
6. Übungskontor	-	0-7
7. Geographie u. Bürgerkunde	2	2
8. Stenographie	2	2
9. Kalligraphie	2	1
	20	20
b) obligat über Beschluss des Kuratoriums:		
10. Französische oder englische Sprache und Korrespondenz in einer dieser Sprachen	5	5
c) nicht obligat:		
11. Maschinschreiben	-	2
12. Turnen	2	2
13. Gesang	1	1



Die Einführung der Schreib- und Rechenmaschine um die Jahrhundertwende war verknüpft mit einer neuen Form der Arbeitsteilung: fachbezogene Sachbearbeitertätigkeiten, die Männer ausführten, und Routinearbeitsplätze für die neu und massiv eintretenden Frauen.



In den 50er Jahren war die Einführung großer zentraler EDV-Anlagen der entscheidende Durchbruch für eine Teilautomation im Verwaltungsbereich. Allerdings mussten die Informationen noch in eigenen Datenerfassungsabteilungen mittels Lochkarten eingegeben werden. Mehr als die Hälfte dieses Personals waren Hilfskräfte, Locherinnen und Sortiererinnen.

Diese in der nebenstehenden Abbildung gezeigten Tätigkeiten fielen im nächsten Schritt durch die Einführung dezentraler kleiner EDV-Geräte, neuer EDV-Netzwerke und PCs weg. Gerade die technischen und organisatorischen Veränderungen im Elektronikbereich lassen die Form der dezentralen Telearbeit heute immer stärker als ein reales Zukunftsbild erscheinen.

A Arbeitsaufgaben:

- Überlegen Sie, welche Chancen und welche Nachteile aus Teleheimarbeit für Frauen erwachsen können bzw. welche Veränderungen in den Fertigkeiten sich dadurch ergeben.
- Informieren Sie sich in einem Frauenreferat einer Kammer oder Gewerkschaft über gerade in Diskussion stehende Problemfelder zum Thema „Frau und Arbeitswelt“.
- Suchen Sie in den Medien nach Meldungen zum Bereich „Frau und Gesellschaft“.

Einige Ansätze dazu bieten ihnen die abschließenden Materialien.

T 6

„Wir messen mit der Elle aus dem 19. Jahrhundert die Probleme des 21. Jahrhunderts. Deshalb funktionieren unsere eingeübten Regeln plötzlich nicht mehr“, sagt Walter Kroy, in der Daimler-Benz-Forschung für Innovationen verantwortlich.

Der Umbruch, den wir derzeit erleben, sei ähnlich dramatisch wie der vom Mittelalter zur Neuzeit. Und diese Veränderung wird, so Kroy, von vielen Menschen als Bedrohung empfunden. „Wir sind auf dem Weg in die Wissensgesellschaft und darauf müssen wir uns einstellen“, fordert Kroy.

Wissen wird zum zentralen Produktionsfaktor. Dazu gibt es noch keine adäquaten Maßstäbe. „Das Wissen der Mitarbeiter etwa steht in keiner Bilanz, dafür praktisch jedes Ding, das irgendwo im Lager vergammelt“, sagt Kroy.

Als Schlüsseltechnologie fungieren dabei Computer und Telekommunikation. Beide Bereiche verschmelzen immer mehr und bilden so den zentralen Wachstumsmarkt der Zukunft. „Mikroelektronik wird schon im Jahr 2000 die größte Branche sein. Aber das Poten-

tial dieser Branche ist damit noch nicht ausgereizt. Es wird ungeheure Zuwächse geben, die wir jetzt noch gar nicht richtig einschätzen können. Wichtige technologische Kenngrößen für die Leistungsfähigkeit, etwa von Computern, werden in wenigen Jahrzehnten um den Faktor 100 Millionen steigerbar sein. Wir leben also auf diesem Feld noch in der Steinzeit.“

Bei der Einführung neuer Technologien waren Fehleinschätzungen an der Tagesordnung. „Als vor knapp 100 Jahren das Telefon nach London kommen sollte, lehnten die englische Post und die damaligen Kaufleute dies als gänzlich unnötig ab. Briefboten und Botenjungen waren viel billiger. Und vor allem, warum sollte jemand sich ein Telefon kaufen, wenn die anderen noch gar keines haben? Aber es gibt auch positive Beispiele. Zur gleichen Zeit sagte der Bürgermeister von New Orleans, er könne sich vorstellen, dass in 100 Jahren in jeder Stadt der USA ein Telefon stehe. Er wurde als optimistischer und zukunftsgläubiger Mann bewundert“, erzählte Kroy.

Quelle: OÖN, 10. 4. 95

T 7 Manche werden süchtig

Die Datenflut überfordert mittlerweile viele Manager

Immer mehr Menschen fühlen sich der wachsenden Informationsflut nicht mehr gewachsen. Eine Studie des britischen Finanzinformationsdienstleisters Reuters ergab sogar: Informationen könnten zur Droge der neunziger Jahre werden. Gleich in mehreren Ländern gaben vier von fünf Managern in einer Umfrage an, heute geradezu unter einem Zwang zu stehen, so viele Informationen wie irgend möglich zu sammeln.

Der britische Psychologe und Stressforscher David Lewis spricht gar von einem „Information Fatigue Syndrome“ als neuer Krankheit: Informationen könnten mit der Zeit nicht mehr richtig analysiert werden, die Angst und Selbstzweifel nähmen zu, und für eigene Fehler würden zusehends dann andere verantwortlich gemacht.

In einer im vergangenen Jahr von Pitney Bowes veröffentlichten Studie gab die Hälfte der befragten Manager an, dass sie in ihrer

Arbeit im Schnitt sechsmal oder häufiger pro Stunde durch irgendeine Mitteilung unterbrochen werden – sei es per E-Mail, Fax oder Telefon. Die Zeit zum ruhigen Nachdenken müsse auf nach Büroschluss verschoben werden.

Paradox: Vor allem einfache Kommunikationsmittel, wie beispielsweise die elektronische Post, welche Probleme eigentlich lösen sollen, erzeugen sie stattdessen selbst. Wer früher einen Arbeitskollegen über ein Papier informieren wollte, musste dieses zuerst kopieren, in einen Umschlag stecken und diesen adressieren. Das brauchte Zeit, und jeder überlegte sich gut, ob die Information den Aufwand wert war.

Heute genügen Mausclicks, um ein Dokument per E-Mail an Dutzende von Kollegen zugleich zu versenden. Und weil das so einfach ist, wird es auch kräftig genutzt.

Quelle: Die Zeit, 16. 4. 1998

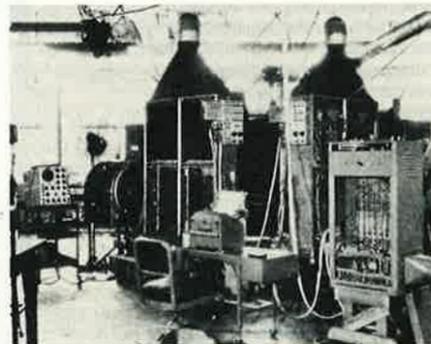
T 8

Wie es begann ...

ENIAC, die erste elektronische Rechenanlage (1945) – 30 t schwer, bestehend aus 18.000 Radoröhren.

Erst der Transistor (1947, USA), der erste Mikroprozessor (1958) bzw. der 1971 erfundene Mikrochip 4004 (wie 2.300 Transistoren, 4 bits, mit 60.000 Rechenvorgängen pro Sekunde = gleiche Rechenleistung wie ENIAC!) veränderten und erweiterten die Benutzbarkeit (der Pentium, 1993, wäre 3.000.000 Transistoren, 64 bits).

Der Großcomputer, mit dessen Hilfe zu Weihnachten 1968 die erste Apollo-Besatzung den Mond umkreiste, hatte eine geringere Rechnerleistung als heute handelsübliche PCs.



www-Tipp für virtuellen Museumsbesuch:

<http://www.hnf.de/museum/index.html>

<http://www.michaelkaul.de/Geschichte/geschichte.html>

Begriffsglossar

Akklamation (lat.): politische Entscheidungsfindung durch Beifall statt durch Wahl.

Alliierte (franz.): Verbündete; vor allem für die Gegner Deutschlands in den Weltkriegen verwendet. Die vier Alliierten: USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich.

Anarchist (griech.): Verfechter einer Gesellschaft ohne Herrschaft von Menschen über Menschen; auch nicht durch Gesetze des Staates.

Annexion (lat.): widerrechtliche, gewaltsame Eingliederung eines fremden Gebiets.

bürgerlich: Bürgertum: Gesellschaftsschicht, die mit Entwicklung des Handels, der Städte und im 19. Jh. durch Industrie (als Hauptträger des Liberalismus) zu Besitz und Geld und damit in Gegensatz zum Adel gekommen ist. In dieser Schicht entstanden besondere Wertvorstellungen: Besitz- und Erwerbsstreben, Sicherheit, Pflichterfüllung, Familie ...

Abwertender, von K. Marx gebrauchter (franz.) Ausdruck: „bourgeois“. „Kleinbürgerlich“ ist eine weitere abwertende Bezeichnung für die intolerante Strömung dieser Richtung.

dogmatisch (lat.): Festhalten an vorgegebenen, nicht beweisbaren, autoritär verordneten Meinungen/Glaubenssätzen.

Doktrin (lat.): im polit. Sinn Grundsatzerklärung, Leitlinie.

Dritte Welt: politisches Schlagwort, bezeichnet die wirtschaftlich unterentwickelten Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika im Gegensatz zur Ersten (marktwirtschaftliche Industriestaaten) und Zweiten (planwirtschaftliche Industriestaaten) Welt.

Faschismus: Oberbegriff für nach 1917 ursprünglich in Italien aufkommende nationale, anfangs auch sozialrevolutionäre Massenbewegung. Ziel: straff geführter Einparteiensstaat, Führerprinzip, militärisches und gewalttätiges Auftreten, antidemokratisch, antiparlamentarisch und antimarxistisch. Als Massenbewegung der (verarmten) Kleinbürger von Agrar- und Industriebesitzern mit Geld gegen Gewerkschaften, Sozialisten/Kommunisten unterstützt.

G7 (G8): die großen Wirtschaftsmächte (US, D, F, GB, I, Can, Jap und Russ)

Guerilla (span. „Krieglein“): Kleinkrieg, ohne Fronten, Partisanen im Gegensatz zu regulären Truppen.

Ideologie: „Glaubenssätze“, die ein auf bestimmte Interessen ausgerichtetes Denken als Weltanschauung hinstellen sollen.

Integration (lat.): Zusammenschluss (Verschmelzung) zu einem übergeordneten Ganzen. Z. B. der europ. Länder zur EG ab 1991 EU.

Junta (span.): ein Ausschuss, der die Regierungsgeschäfte übernimmt. Heutzutage nach Umsturz der staatl. Ordnung an die Macht gekommene Gruppe von Offizieren, die regieren.

Klasse: in der Soziologie einer Bevölkerungsschicht (-gruppe), deren Stellung in der Gesellschaft durch ihre gleiche wirtschaftliche Lage bestimmt wird. Z. B. Lohnabhängige.

Koalition (lat.): Zusammenschluss, Bündnis von mehreren Staaten, Parteien oder Gruppen zu gemeinsamen Zielen (Koalitionsabkommen).

konservativ (lat.): polit. Einstellung, die dem Bewährten, Alten, gegenüber Veränderungen den Vortritt gibt; besonders für Tradition, Autorität, Ordnung eintritt.

Liberalismus (lat. frei), liberal: pol. Richtung, die eine von geistigem, politischem und wirtschaftlichem Zwang freie Entwicklung des Einzelnen (Individuals) über die Interessen des Staates, der Kirchen, Parteien ... stellt. Wirtschaftlich soll sich der Markt frei nach Angebot und Nachfrage entwickeln.

links – polit. „die Linke“: ursprünglich von der Sitzordnung im franz. Parlament übernommene Bezeichnung für nicht-konservative politische Gruppen; links wurde gleichgesetzt mit „verändernd“. Heute versteht man darunter sozialistisch und marxistisch/kommunistisch ausgerichtete Gruppen.

Lobby: urspr. Wandelgänge im Parlament. Heute Gruppen, „pressure-groups“, die Einfluss auf Parlamentarier, Regierung ausüben können.

Nationalismus, national, nationalistisch (siehe Kap. 4): übersteigertes, häufig kämpferisches und mit Unduldsamkeit, Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern verbundenes Eintreten für den eigenen Nationalstaat (= ein Gebiet mit gleicher Sprache, Kultur und Vergangenheit). Gegenteil von Internationalismus und Weltbürgertum.

Okkupation (lat.): gewaltsame, militärische Besetzung.

OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 1990 entstanden aus der KSZE, ständige Organisation zur friedlichen Konfliktlösung durch Zusammenarbeit in Europa

Politik: das Durchsetzen von Interessen mit Hilfe von Macht (die erreicht/legitimiert werden kann durch offene Gewalt, Druck, Übereinkunft oder in Demokratien durch Abstimmungen).

Politisches System: Zusammenwirken der offiziellen (Parteien, Kammern, Gewerkschaften) und inoffiziellen Kräfte (Verene, Bürgerinitiativen, Pressure-groups, einflussreiche Einzelpersonen ...) bei der Durchsetzung von Interessen mit Hilfe von Macht.

Proporz (lat.): Besetzung der (wichtigsten) Positionen in einem Staat/Land nach dem Verhältnis der Stärke der Parteien.

Putsch: Umsturz(versuch) einer – oft militärischen – kleinen Gruppe.

Rassismus: die Rasse ist eine Gruppe von Lebewesen, die sich durch ihre gemeinsamen (meist äußerlich sichtbaren) Erbanlagen von anderen Artangehörigen unterscheidet. Rassismus ist die polit. Bewertung und Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer Rassenmerkmale.

rechts – polit. „die Rechte“: Gegenteil von polit. „links“. Parteien oder Gruppen (Flügel) in Parteien, die für stark konservativen Kurs eintreten: stärkere staatliche Ordnung, Stärkung des Militärs und der Regierung gegenüber parlament. Kontrolle. Geringere Gewichtung der Sozialausgaben; Bekenntung der Nationalstaatlichkeit, rechtsextreme Gruppen lehnen sich häufig an das Gedankengut der NSDAP an.

Sozialismus (lat.): eine Idee für eine Wirtschafts- und auf ihr ruhenden Gesellschaftsordnung in der – unter Betonung von Gleichheit und Freiheit aller – die Verfügung über die Produktionsmittel (Boden, Fabriken ...) weitgehend in der Hand der Allgemeinheit (Staat, Genossenschaften) liegt. Gegenbewegung zu Individualismus und Liberalismus im 19. Jh.; entstanden als Reaktion auf die sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft. Wissenschaftl. Marxismus als ökonomische Theorie. Sozialdemokraten (durch Wahlen an die Macht) bis zu radikaleren Formen: Bolschewismus/Kommunismus (auch mit Revolution!).

Stalinismus: das von Stalin seit Lenins Tod in der UdSSR geprägte Herrschaftssystem (bis ca. 1953/56): Alleinherrschaft, gestützt auf Partei-, Staats-, Polizeiapparat; abgesichert durch „Säuberungen“ politischer Konkurrenz. Trotz mancher äußerer Ähnlichkeiten aus ganz anderem historischen Hintergrund und sozialen Schichten als Faschismus entstanden. Heute Bezeichnung für konservative Kräfte in kommunistischen Systemen.

Stände: Bezeichnung für gesellschaftliche Schichten in der mittelalterlichen Gesellschaft: Geburtsstände (Adel, Freie, Unfreie) und Berufsstände (Geistliche, Offiziere, Handwerker, Bauern ...). Nicht enthalten sind in diesem soziologischen Begriff ökonomische Unterschiede innerhalb dieser Berufsgruppen – siehe Klassen.

Status quo (lat.): Zustand zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Terror (lat.): Gewaltherrschaft, rücksichtsloses Vorgehen.

Toleranz (lat.): Duldung und Geltenlassen auch anderer Überzeugungen und Handlungen (Gegenteil: Intoleranz).

totalitär (lat.): Richtung, die über alle Lebensbereiche der Menschen verfügen und sie für ihre Ziele ausrichten will; mit Kontrolle und Zwang.

Zivilgesellschaft: emanzipierte „Bürgergesellschaft“ – Gegenteil von Obrigkeitsstaat.

Register

A

Adenauer, Konrad 135 f., 156
Afghanistan 190
Agenda 2000 162
Albanien 12, 81, 137, 142, 144, 172
Alliierte 81, 85, 88, 90, 95, 104, 111, 135
Amerika 18, 20, 84 f.
Anschluss 15, 22, 74, 76 f.
Arbeiterkammer 38, 115
Arisierung 49, 74 f., 77 f.
Asymmetrische Konflikte 188
Atombombe 81, 92
Auschwitz 55
Ausgleich 9
Autonomie 143

B

baltische Republiken 23
baltische Staaten 167
Bauer, Otto 39, 65
Berlin 99, 135
Berliner Kongress 12, 146
Berliner Mauer 136
Blitzkriege 84
Bolschewiken 25
Bosnien 12, 143–146, 153
Breschnew, Leonid 108, 149, 165, 167
Britten 104 f.
Brüning, Heinrich 43
Brüssel 107 f.
Bundesrepublik Deutschland (BRD) 105 f.
Burgenland 23, 95, 99

C

Chamberlain, Richard 35, 56, 84
China 24, 31 f., 105, 138, 150, 152, 185
Christlichsoziale 38–40, 60, 74
Chruschtschow, Nikita 106, 108, 140, 148 f., 165, 167
Churchill, Winston 93 f., 137, 154
Clinton, Bill 152

D

DDR 105, 136, 139, 170, 172, 174
de Gaulle, Charles 85, 88, 136, 156
Deutsch-Österreich 15
Deutsches Reich 20, 25, 43, 50, 73, 76
Deutschland 11–15, 20 ff., 34 f., 56, 70, 94, 106, 134 ff., 154 f., 175
Deutschnationale 38, 45
Dubček, Alexander 141
Dollfuß, Engelbert 60 f., 63, 67 ff.
Dritte Welt 153, 182–185

E

Ebert, Friedrich 34 f., 43
EFTA 107, 156
EG 107 f., 125 f., 156 f.
Eisenhower, Dwight 79
England 9, 20, 56, 75, 81
Entente 12 f., 20
ERP 105, 144, 150
Erste Republik 17, 37, 111, 115
Erster Weltkrieg 10, 16, 18, 30
EU 109, 128, 143, 157–164
Europäische Gemeinschaft 156
EWG 156

F

Faschismus 36
Faschisten 49, 62
Fernsehen 46, 102
Figl, Leopold 95–96, 98–99, 104, 110, 113
FPÖ 108, 113, 115, 119, 124–133, 180
Franco (General) 57
Frankreich 11 f., 14, 18, 20, 33, 35, 56 f., 72, 81, 84, 88, 94, 155, 181
Franz Ferdinand, Erzherzog 12
Franz Joseph, Kaiser 9, 13
Frauen 16, 198 ff.
Fundamentalismus 189–195

G

G-7-Länder 185
Gandhi, Mahatma 181
Glasnost 165
Globalisierung 186 f.
Gorbach, Alfons 110, 113
Gorbatschow, Michail 138, 149, 152, 165–168, 174
Göring, Hermann 46, 73

Griechenland 137, 156
Großbritannien 14, 18, 33, 56 f., 72, 84, 156 f., 181
Große Koalition 113 f., 123–128
Gründerzeit 9
Grüne 122, 128, 131
GUS 168, 178 f., 185

H

Haider, Jörg 108, 125–128, 132
Handelskammer 38, 115
Hanusch, Ferdinand 39
Heimatschutz 40
Heimwehr 60, 63 f., 70, 74
Himmeler, Heinrich 45
Hindenburg, Paul von 43–45
Hiroshima 81, 92
Hitler, Adolf 35, 43–49, 55–57, 61, 69–73, 84, 94, 175
Hitler-Jugend (HJ) 49, 86

I

Indochina (Vietnam) 93, 139
Inflation 17
Irak-Krieg 190 f.
Israel 190 f.
Italien 14, 18, 20 f., 23, 32, 36 f., 65, 72, 81, 89, 95, 155

J

Jalta 81, 93–94, 142
Japan 24, 31 f., 93, 134, 138
Japaner 84, 181
Jelzin, Boris 152, 166–169
Jonas, Franz 119
Juden 50–55, 75, 77–80, 88
Jugoslawien 21, 23, 33, 72, 81, 88 f., 90, 104, 142–147, 179
Justizpalast 41

K

Kalter Krieg 105, 139, 148 f., 153, 175
Karl, Kaiser 15
Kärnten 21, 90, 104
Kennedy, John Fitzgerald 108, 148 f.
Keynes, John Maynard 31
Kirchschläger, Rudolf 108
Klaus, Josef 110, 113 f., 119
Klestil, Thomas 109, 133
Kolonien 11, 20, 181
Kommunismus 166, 169, 175
Kommunisten 14, 26, 34 f., 65, 74, 88 f., 105, 113, 137–142
Kommunistische Partei 98
Konzentrationslager (KZ) 51–55, 75, 79
Korea 93, 105, 139, 144, 148
Kosovo 143, 146 f., 153
KP 28
KPdSU 140
KPÖ 91, 99, 112, 114, 118
Kreisky, Bruno 106, 110, 119, 121, 123
Krise 1929 18
KSZE (= OSZE) 109, 149, 152
Kuba 148, 182
KZ 45, 51–55, 75, 79, 88

L

Lenin 14, 24 ff.
Liberales Forum 126, 128
Locarno-Verträge 35

M

Maastricht 128, 157 f.
Mao Tse-tung 138, 182
Marshall, George 135, 155
Marshallplan (ERP) 105, 148, 154 f.
Mauthausen 79
Menschenrechte 154, 196
Miklas (Bundespräsident) 69, 73
Mittelmächte 14
Molotow 101
Montan-Union 155
Moskauer Deklaration 90, 97, 104
Mussolini, Benito 36, 56 f., 60, 63, 65, 69 ff., 85, 89

N

Naher Osten 190 f.
Nationalismus 9 f.
nationalistisch 170

Nationalitätenkonflikte 168
Nationalsozialisten 22, 43, 60, 66 f., 70, 74, 76, 111
Nato 105, 109, 144, 147 ff., 178
Neutralität 107 ff.
Niederösterreich 99, 126
Nikolaus, Zar 24
Notverordnungen 43, 61
NSDAP 44 f., 48, 50, 65 f., 76, 99, 111

O

O 5 90 f.
Oberösterreich 10, 22, 105
OECD 155
Oktoberrevolution 25
Olah, Franz 118
Osmanische Reich 14, 146
Ostblock 137, 170, 179
Österreich 17, 56, 59 f., 66, 69, 73, 76, 95, 104 f., 111, 114 f., 156 ff., 160
Österreich-Ungarn 9, 14
österreichisch-ungarische Monarchie 15
Ostmark 74, 77
Ostverträge 136
OSZE 145
ÖVP 91, 96, 99, 112 f., 118 ff., 123, 128 f., 161

P

Palästina 190 f.
Paritätische Kommission 117
Pensionsystem 131
Perestrojka 165, 170
Pittermann, Bruno 113 f.
Polen 20, 23, 57, 81, 84, 94, 137, 140, 142, 170, 172 ff.
Portugal 156
Proporz 114

R

Raab, Julius 96, 104 ff., 110, 113, 116
Radio (Rundfunk) 35, 46, 102
Räterepublik 27, 34 f.
Reagan, Ronald 149
Renner, Karl 15, 21, 39, 61, 63, 91, 95 f., 98 ff., 104, 110
Römische Verträge 156
Roosevelt, Franklin D. 84, 93 f., 137
Rumänien 104, 172 f.
Russland 11 f., 20, 24 f., 88, 145, 167, 178

S

SA 44 f., 49, 54, 67, 73
Sacharow, Andrej 166
Saint-Germain 21
Salzburg 10, 22, 95, 122
Sarajewo 12, 144
Schärf, Adolf 90, 98 f., 108, 113
Schuman, Robert 155
Schuschnigg, Kurt von 56, 69, 72
Schüssel, Wolfgang 128, 131 ff.
Schutzbund 40, 60, 64, 74
Seipel, Ignaz 39 f.
Seitz, Karl 39
Serbien 12 f., 21, 89, 143, 146
Seyß-Inquart, Arthur 69, 72 f.
SHS-Staat 21
Sinowatz, Fred 110
Slowakei 23, 57, 171
Slowenien 21, 89, 143
Solidarność 142
Sowjets 27 f.
Sowjetunion 27 f., 52, 56, 65, 72, 81, 84 f., 89, 94, 104, 108, 134 ff., 142, 148, 152 f., 165, 167 ff.
Sozialdemokraten 15, 34, 38 ff., 64, 71, 74, 76
Sozialgesetzgebung 38
Sozialistische Partei 96
Sozialpartnerschaft 115 f.
Spanien 57, 156
SPÖ 91, 99, 112 f., 118 f., 121 ff., 161, 180
SPÖ/ÖVP 125
SS 45, 49, 51, 54, 67, 90
St. Germain 21
Stalin, Josef 25, 27 ff., 93 f., 105, 137, 140, 165
Stalingrad 81, 84
Stalinisten 27
Steiermark 10, 99
Sudeten 22, 56, 94
Südtirol 21, 23, 72, 89, 95, 101, 157

- T**
 - terrorismus 188 f.
 - Titel 10, 22 f., 90, 98, 111, 122
 - Tito 89, 124, 142 f.
 - Troitzki 25 f.
 - Truman, Harry 94, 105
 - Tschechen 55, 171
 - Tschechoslowakei 72, 104 f., 137, 141, 172 f.
 - Tschechoslowakische Republik 23, 56, 137
 - Tschernobyl 122, 167
 - Türkei 23, 155, 178
- U**
 - UdSSR 27, 81, 84, 93, 96, 105 f., 134, 139, 149, 167 f., 172 f., 182
- V**
 - VdU 112
 - Vereinte Nationen 106, 196
 - Vietnam 139, 149, 182
 - Völkerbund 32, 35, 39, 56
 - Volksabstimmung 21 f., 73, 76, 122
 - Volksbegehren 126
 - Vorarlberg 10, 22, 122
 - Vranitzky, Franz 108, 110, 125
- W**
 - Wahlen 110
 - Wahlgebirge 38
 - Walchheim, Kurt 123
 - Walser 142
 - Weimarer Republik 43
 - Weltwirtschaftskrise 30, 35, 47, 59
 - WEU 109
 - Wien 10, 15, 38, 64, 76, 90, 95 f., 99, 108, 122
 - Wilhelm, Kaiser 12 f.
 - Wilson, Woodrow 20, 30
 - Wirtschaftswunder 114
- Z**
 - Zarenreich Russland 24
 - Zweiter Weltkrieg 32, 56, 81 f., 124, 139, 179, 181
- Ungarn** 10, 21, 23, 27, 65, 72, 104, 137, 140 f., 170 f.
- UNO** 81, 94, 105, 108, 139, 143 f., 150 f.
- USA** 14, 18, 24, 29, 32, 81, 84, 92, 104, 108, 134, 138 f., 144, 148 f., 154 f., 165, 181

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts

ÖSTERREICH	EUROPA	AUSSEREUROPA	
<p>1850</p> <p>Neoabsolutismus durch Franz Josef I</p>			
	<p>Verlust der Lombardei</p>		<p>1850</p> <p>Befreiungskampf Simon Bolivars gegen Spanien - Unabhängige Staaten in Südamerika</p>
	<p>1859 Sardin./Franz. Krieg gegen Österr.-Lombardei Beginn der Einigung Italiens</p>		<p>1850</p> <p>Krieg USA gegen Mexiko um Kalifornien (Goldrausch)</p>
		<p>Öffnung Japans f. den Westhandel</p>	
		<p>Bau d. Suez-Kanals</p>	<p>1860</p> <p>1861 Amerikanischer Bürgerkrieg Abschaffung d. Sklaverei</p>
<p>1867 Ausgleich: Dualismus „Ö.-U. Monarchie“: K.u.K.</p>	<p>1866 Krieg Preuß./Österr. - Italien/Österr. Verlust Venetiens und Ö aus dem Dt. Bund</p>		<p>1865</p> <p>USA - Ankauf Alaskas von Rußland</p> <p>1. Eisenbahnlinie durch Nordamerika</p>
		<p>Dt./Franz. Krieg 1871 Dt. Kaiserreich</p>	<p>1870</p>
<p>1870</p> <p>Liberaler Partei führend</p>		<p>Russ./Türk. Krieg</p> <p>Brit. Transvaal (S-Afrika)</p>	
<p>1873 Börsenkrach</p>	<p>Dreikaiserbund D-Ö-Ru gegen F</p>		<p>1880</p>
		<p>1878 Berliner Kongreß: Neue Balkanstaaten Rumänien, Serbien</p>	<p>1880</p>
	<p>Zweibund D-Ö</p>		<p>1890</p>
	<p>Dreibund D-Ö-I (Spannungen Ö/I bleiben)</p>	<p>Franz. Protektorat Tunis</p> <p>Brit. Besetzung Ägyptens, Adens</p> <p>Mahdi Aufstand</p>	
<p>Wahlrecht nach Steuerleistung (Zensuswahlrecht) ab 5 Gulden</p>		<p>Dt., Südwest-Afrika, Togo, Kamerun</p> <p>Belgisch Kongo</p> <p>Franz. Protektorat Indochina</p>	
		<p>Brit. Maskat/Oman</p>	<p>1890</p> <p>Abschluß der Besiedlung des Westens</p>
<p>Hainfelder SP-Gründung</p>		<p>Franz./Russ. Zweibund</p>	
<p>1890</p> <p>Gründung d. Christlichsozialen Partei</p>		<p>Brit. Sudan</p>	
		<p>Burenkrieg in S-Afrika</p>	<p>1900</p> <p>Boxeraufstand in China</p> <p>Krieg USA gegen Spanien (um Hawaii, Philippinen, Guyana) (Besetzung Kubas, Puerto Ricos)</p>
		<p>1904</p> <p>Entente GB/F</p>	<p>1900</p> <p>Russ./Jap. Krieg</p>
		<p>Triple-Entente + Rußland</p>	<p>1910</p> <p>USA - Bau des Panamakanals</p>
<p>1907 Allgem. Wahlrecht - f. Männer trotzdem autoritäre Regierung ohne Reichsrat</p>	<p>Annexion Bosniens durch Ö</p>		

BISMARCK Deutscher (Kanzler) Ministerpräsident

ÖSTERREICH			USA			UdSSR			SO-Asien		China	
1945	(1943 Moskauer Konferenz) 13. April Wien befreit; prov. Regierung RENNER KONZENTRATIONSGERICHTUNG BK FIGL (ÖVP/SPÖ/KPO)	8. Mai Dt. Kapitulation August: HIROSHIMA und NAGASAKI	Gründung der UNO	Potsdamer Konferenz	(1945 Jaltakonferenz: Einflussphären von West und Ost festgelegt)							Bürgerkrieg
	Verstaatlichungsgesetz			Misstrauen beider Seiten	Wahlen in d. ČSR: KP: 38%							
	GROSSE KOALITION ÖVP/SPÖ	Indien wird Republik (Mahatma GANDHI)	TRUMAN-Doktrin US-Marshall-Plan → ERP OEEC später OECD	K	(Polen u. ČSR „verzichten“)							In China
	Lohn-Preis-Abkommen	Gründung Israels	3 westl. Besatzungszonen zu Westdeutschland zusammengeschlossen	A	ČSSR u. a. Volksrepubliken gegründet	Bruch TITO/STALIN						
	Neue Partei: WdU		NATO	L	DDR-Verfassung, RGW	1. A-Bombe d. UdSSR						VR CHINA (MAO) Freundschaftsvertrag mit UdSSR
1950	Generalstreikversuch der KPÖ (Abwehr durch ÖGB – Olah)	nur 4 unabhängige Staaten in Afrika		T								Bodenreform in China
			Montanunion 1. brit. A-Bombe	E								
	Bundeskanzler (BK) RAAB			R	Tod STALINS Arbeitsaufstand in O-Berlin	Teilung N- u. S-Koreas						
		Beginn des franz. Algerienkrieges		I		Ende d. franz. Indochinakriegs N-Vietnam: kommunistisch S-Vietnam: US-Einfluss						
1955	WdU wird zur FPÖ 15. Mai STAATSVERTAG Neutralitätsgesetz			E	Warschauer Pakt							Kollektivierung der chinesischen Landwirtschaft
		150.000 Ungarnflüchtlinge	Sinai-Krieg	G	XX. Parteitag d. KPdSU: Entstalinisierung Juniaufstand in Polen, Ungarnaufstand							
	Paritätische Kommission Beginn der Sozialpartnerschaft	Ö fordert Südtirolautonomie	EWG (F, BRD, I, NL, B, L)	K	Sputnik (1. Satellit)							
				O								Volkskommunen und „Großer Sprung“
	KP verliert letzten NR-Sitz			E	CASTROS Revolution auf Kuba							Wirtschaftliche und politische Spannungen mit Vorbild (UdSSR)
1960	Ö: EFTA-Mitglied	Südtirolfrage vor der UNO	16 Staaten in Afrika werden unabhängig	X								Abzug sowjet. Experten
		Bombenterror in Südtirol	Künstliche Grenzen führen zu neuen Konflikten	I	Berliner Mauer	1. Mensch in All						US- „Berater“
			Algerien unabhängig	S	Kubakrise zw. USA u. UdSSR (Raketen)							
	Ende der materiellen Reparationen			T								
				E	Sturz CHRUSCHTSCHOWS							1. Chin. A-Bombe
1965				N								US-Bodentruppen nach S-Vietnam (US Präs. JOHNSON)
	ALLEINREGIERUNG ÖVP BK KLAUS			Z								Proletarische Kulturrevolution
		6-Tage-Krieg Israels										
			Jugendrevolten in USA, F, BRD		Prager Frühling Invasion d. Warschauer-P.-Staaten BRESCHNEV-Doktrin							0,5 Mio. US-Soldaten
	Volksbegehren zur 40-Stunden-Woche	Ö Zustimmung zum Südtirolpaket	NASA Mondlandung		brit. Truppen nach N-Irland (Ulster)							
1970	MINDERHEITSGERICHTUNG SPÖ BK KREISKY			A	SALT: Beginn der Verhandlungen über strategische Waffen u. ihre Begrenzung zw. USA und UdSSR							
	ALLEINREGIERUNG SPÖ 2. Kabinett Kreisky			B								

MWSL und ZOLLBAU ZUR EWG			„Bloody Sunday“ in N-Irland			Grundver- beziehungen zw. BRD u. DDR			(US-Präs. NIXON)		US Präsident NIXON in der Volksrepublik China	
		1. ERDÖLSCHOCK	Yom-Kippur- Krieg	EG	+ GB, Ir, DK							
			IRA bombt auch in England									
1975	40-Stunden-Woche			Tod FRANCOS Ende d. Faschismus in Spanien	KSZE in Helsinki	Unruhen in Polen				Sieg des Vietkong		Tod MAOS
										Vereintes Vietnam		
	Volksentscheid „NEIN zu Zwentendorf“	SADATS Nahost- Friedensinitiative Camp-David- Frieden Israel/Ägypten	Nicaragua unabhängig			Charta 77 in ČSSR = Dissidenten						„Vierbande“ verurteilt
		AKH- Skandal	2. ERDÖL- SCHOCK	Iran: Islamische Republik								Kambodscha Invasion Vietnams
1980		Beginn des Bürgerkriegs in Libanon	Wirtschaftskrise in Europa und USA	Atomunfall Harrisburg	US-Olympia- boykott	UdSSR-Invasion in Afghanistan Unruhen in Polen (Solidarność)						Grenzkrieg Vietnam/VRCh
	WBO- Skandal			EG + GR	NATO Doppel- beschluss	Militärputsch und Kriegsrecht in Polen						
	Internationale Wirtschaftskrise trifft auch Österreich	Libanoninvasion Israels		Krieg Iran/Irak in Mittleren Orient	Friedensbewegung							verstärkte Öffnung nach außen und Wirtschaftsreform
	KLEINE KOALITION SPÖ/FPÖ BK SINOWATZ/STEGER	PLO- Meuterei gegen ARAFAT	12 Mio. Arbeitslose in Europa	US- in Grenada	US-Raketen nach Europa	UdSSR Olympiaboykott						
	Hainburg	190.000 Arbeitslose										
1985	Verstaatlichungskrise											
	GROSSE KOALITION SPÖ/ÖVP BK VRANITZKY/MOCK	Schiffen im Libanon aktiv		EG + Span., Port.	Atom-GAU Tschernobyl							
	Waldheimkrise	„Grün“ ins Parlament		Einheitliche Europ. Akte (→ Binnenmarkt ab 1992)	GORBATSCHOW-Reformen USA – UdSSR: Mittelstreckenraketenabrüstung							
	„Luconausschuss“ „Noricausschuss“ Österr. Antrag auf EG-Mitgliedschaft (1989)	Aufstände in Westjordanien	Ende des Kriegs zwischen Irak/Iran		UdSSR-Rückzug aus Afghanistan							
1990		(Infiteca)				„Revolution“ in Osteuropa Rückzug des Kommunismus	Freundschaftsvertrag UdSSR – VR China					Unruhen in China fordern Demokratisierung – blutig niedergeschlagen
			Irak besetzt Kuwait	Vereinigung Deutschlands	Bürgerl. Regierungen u. Wirtschaftskrise in O-Europa							
			Krieg d. USA u. a. gegen Irak	EG-Maastrichtvertrag (für eine politische, Wirtschafts- und Währungsunion) (EURO ab 1999/2002)	Putzversuch in Moskau B. JELZIN Präsident							
	Streitbeilegungserklärung in der Südtirolfrage	Internationale Nahostkonferenz	20 Mio. Arbeitslose in EU		Auflösung d. Warschauer Pakts Unabhängigkeitserklärung Sloweniens u. Kroatiens							Ende der UdSSR GUS
	Österreich, Schweden, Finnland – Beginn der EG-Beitrittsverhandlungen	gegenseitige Anerkennung Israels u. PLO			Krieg im ehemaligen Jugoslawien (zuerst in Slowenien und Kroatien)							
	EU-Abstimmung 66,4%	Autonome Gebiete d. Palästinenser u. Wahlen		USA besetzt Haiti 1. freie Wahlen in S-Afrika		Krieg in Bosnien friedl. Trennung der ČSFR in Tschechien u. Slowakei						
1995	EU-Beitritt	Liberalen: 5. Partei			Belagerung Sarajewos Massaker in den UNO-Schutz-zonen							Krieg d. Russen gegen Tschetschenien
	„Sparpaket“ zur Erreichung der Maastrichtkriterien			Massaker in Ruanda	EU 15 (+ Ö, S, SF)	Kroatische Offensive – Nato-Eingriff USA: Dayton-Abkommen f. Bosnien						
	Nato-Beitrittsdebatte	Probleme mit israel. Siedlern auf d. Westbank	CZ, P, H, SLO wollen zur Nato		Ende des N-Irland- Konflikts	Weiterer serbischer Terror im Kosovo	Vertrag Russland – China					Zusammenschluss Russ. Föd. mit Weißrussland
	Ö. zu „Schengeneuropa“	Gaza als Kern eines Palästinenser- Staates	EU-Erweiterungs- verhandlungen mit osteurop. Staaten Agenda 2000			Nato-Luftkrieg gegen Serbien	brit. Hongkong zu China					
	1. EU-Präsidentschaft Ös						russ. Vermittlungen am Balkan					

Buch-Nr. 116008

Sitte

Zeitgeschichte

1. Auflage 2004

” Geschichte und Gegenwart zu erblicken, das befriedigt nicht nur unser Wissen, nicht nur unsere Anschauung von Größe und Niedrigkeit des Menschen und von der Herrlichkeit seiner Werke. Das Wesentliche ist: es weckt die Verantwortung. Wahrhaftigkeit verlangt zu erkennen, was war. Die Geschichte ist aber auch Gegenstand unseres Urteils. In ihrem Spiegel blicken wir hinaus über die Enge des nur Gegenwärtigen und sehen die Maßstäbe. Ohne Geschichte verlieren wir die Atemluft unseres Geistes. Verschleiern wir uns die Geschichte, so überfällt sie uns, ohne dass wir wissen, wie. Dann führen uns narrende Gespenster der Vergangenheit.“

Karl Jaspers

e-LISA

DIE BESTE SEITE DER BILDUNG

www.e-LISA.at

www.manzschulbuch.at

ISBN 3-7068-1622-9



9 783706 816229



ZEIT- GESCHICHTE

Sitte

2004

Buch-Nr. 116008

Zeitgeschichte

MANZ

MANZ